



Johannes Schreiegg:

Abschied von einem Staudenbürgermeister

Nach schwerer Krankheit starb 53-jährig das Gemeindeoberhaupt von Walkertshofen. Als Sachwalter der Region war er überaus geschätzt.

Seite 13



Dr. Beate Merk:

Kometenhafter Aufstieg ins Justizministerium

Neu-Ulms bisherige Oberbürgermeisterin ist weiterhin in der Kommunalpolitik aktiv: Sie gehört nach wie vor dem Kreis- und Bezirkstag an.

Seite 16



Hermann Regensburger:

Beste Kontakte zu den Kommunen

Innenminister Beckstein verabschiedete seinen Staatssekretär in den Ruhestand und zollte ihm Dank für seine versierte und überzeugende Arbeit.

Seite 2

Bayerische Gemeindezeitung

Kommunalpolitik · Wirtschaft · Recht · Technik · Praxis

ISSN 0005-7045

Geretsried, den 6. November 2003

54. Jahrgang / Nummer 21

Kommunale 2003 in Nürnberg:

Handeln in Zeiten leerer Kassen

Bereits zum dritten Mal fand die Kommunale, Tagung und Fachmesse für Kommunalbedarf, im Messezentrum Nürnberg statt. Rund 4200 Fachbesucher, fünf Prozent mehr als vor zwei Jahren, - vor allem Bürgermeister, Gemeinde- und Stadträte sowie Leiter der Fachabteilungen in Städten und Gemeinden -, informierten sich zwei Tage lang bei 164 Ausstellern über Produkte und Dienstleistungen. Veranstalter der Kommunale 2003 war der Bayerische Gemeindetag (BayGT), der Spitzenverband von über 2.000 Gemeinden in Bayern. Organisation und Durchführung lagen bei der NürnbergMesse.

Auf rund 8.000 m² (Brutto-) Ausstellungsfläche wurden Produkte und Dienstleistungen präsentiert. Das Fachangebot der Kommunale 2003 war breit gefächert und umfasste folgende Bereiche: Informations- und

Kommunikationstechnik, Energie, Entsorgung, Recycling und Umweltschutz, Gemeindeausstattung, Öffentlicher Raum, Verkehr, Finanzdienstleistungen, Die „Gemeinde/Stadt“, Nutzfahrzeuge, Feuerwehrbedarf, Fachverlage und -literatur, Verbände und Organisationen sowie Soziale Dienste. Einen festen Bestandteil der Fachmesse bildete das Aussteller-Fachforum. Dort hielten an beiden Messetagen verschiedene Aussteller insgesamt 22 Fachvorträge zu kommunalen Themen.

Hauptthema Finanzen

Unter dem Motto „Handeln in Zeiten leerer Kassen - eine Herausforderung für Bayerns Gemeinden“ fand parallel zur Fachmesse ein Kongress statt, der vom Bayerischen Gemeindetag (BayGT) in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Städte- und Gemeindebund (DStGB) organisiert wurde. Neben den Gemeindefinanzen standen weitere wichtige Themen wie Hochwasser (Fortsetzung auf Seite 2)



„Einigkeit macht stark“ und „Not macht erfinderisch“! Bei der gemeinsamen Pressekonferenz von Bayerischem Städtetag und Bayerischem Gemeindetag erläuterten Städtetagsvorsitzender OB Josef Deimer (re.) und Gemeindetagspräsident Bürgermeister Dr. Uwe Brandl die massiven Einschnitte, zu denen sich die bayerischen Kommunen aufgrund der desaströsen Finanzlage gezwungen sehen. Gleichzeitig wiederholten sie ihre Forderungen an Bund und Land, um das Fiasco zu überwinden. Bild: TR

Keine Schnellschüsse zu Lasten der Kommunen:

Soforthilfegesetz einziger Ausweg

Gemeindetag und Landkreistag diskutieren mit bayerischen Bundestagsabgeordneten

Vorziehen der Steuerreform, Gemeindefinanzreform und Zusammenlegung Arbeitslosenhilfe/Sozialhilfe waren Thema bei einem Informationsgespräch mit bayerischen Bundestagsabgeordneten im Landratsamt Eichstätt.

Landrat Theo Zellner, Präsident des Bayerischen Landkreistags, und Bürgermeister Dr. Uwe Brandl, Präsident des Bayerischen Gemeindetags, stimmten darin überein, dass nur das Soforthilfegesetz von CDU/CSU unmittelbar und wirksam ab 2004 zugunsten der Kommunen

greift. Brandl und Zellner übereinstimmend: „Die von der Bundesregierung vorgelegten Reformgesetze zur Gewerbesteuer und Zusammenlegung Arbeitslosenhilfe/Sozialhilfe enthalten eine Vielzahl unbeantworteter Fragen, handwerklicher Fehler und (Fortsetzung auf Seite 2)

Pressekonferenz von Deimer und Brandl:

Reformen statt Kahlschlag!

Ein „Bündnis für sichere Kommunalfinanzen“ unterzeichneten der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Landshuts Oberbürgermeister Josef Deimer, und der Präsident des Bayerischen Gemeindetags, Abensbergs Bürgermeister Dr. Uwe Brandl. Gemeinsam hatten die beiden zu einer Pressekonferenz nach München eingeladen, um die Aktionen zu erläutern, die in diesen Tagen Politik und Öffentlichkeit wachrütteln sollen. Mit dabei waren auch der Präsident des Bayerischen Landessportverbandes, Prof. Dr. Peter Kapustin, die Landesvorsitzende des Bayerischen Elternverbandes, Ursula Walther, Alfons Weinzierl vom Landesfeuerwehrverband, Michael Wendl, stv. Landesbezirksleiter von ver.di sowie Landes-Caritasdirektor Prälat Karl-Heinz Zerrle.

Wie leer die Stadtsäckel sind, verdeutlichten Deimer und Brandl an zahlreichen Beispielen. Die Gründe, warum die Einnahmen bei den Kommunen so dramatisch weggebrochen sind, und gleichzeitig die Ausgaben explodieren, sind vielfältig. Die desolatte Wirtschaftslage Deutschlands ist nur eine Ursache dafür, dass die Unternehmen, die weniger Gewinn machen, auch weniger Gewerbesteuer abführen. Hinzu kommt, dass durch die Novellierung der Gewerbesteuer von 1998 die rot-grüne Bundesregierung insbesondere für Großunternehmen Möglichkeiten schuf, Gewinne und Verluste so zu verrechnen, dass oftmals keine abzuführende Gewerbesteuer mehr übrig bleibt. Außerdem wurden die Freibeträge drastisch angehoben und viele - legale - Schlupflöcher geschaffen.

gehen den Kommunen jährlich 10 Milliarden Euro an Steuereinnahmen verloren.

Verbitterung über Gemeindefinanzreform

Enttäuscht und verbittert sind die Kommunen auch über die angekündigte Gemeindefinanzreform, auf die sie große Hoffnungen gesetzt haben. Die Bundesregierung würde ihrer Verantwortung für die Kommunen nicht gerecht; deshalb trüge sie die volle politische Verantwortung für die Konsequenzen.

„Wenn nicht gehandelt wird, droht bereits im nächsten Jahr ein beispielloser Kahlschlag bei (Fortsetzung auf Seite 4)

Schwere Finanzkrise

Weil die Bundesregierung vor fünf Jahren davon ausging, dass durch ihre damalige Steuerreform die Kommunen zu den größten Gewinnern würden, erhöhte sie außerdem die Gewerbesteuerumlage. Die Kommunen fordern seit langem deren Rücknahme, weil die Geschäftsgrundlage für hierfür fehle. Die zahlreichen Verschiebebahnhöfe, über die Bund und Länder Ausgaben auf die Kommunen abwälzen und die Steuern zu deren Lasten umverteilen, verschärfen die schwere Finanzkrise.

Der Anteil der Kommunen an den gesamten Steuereinnahmen ist von 14 Prozent im Jahr 1980 auf 11,9 Prozent im Jahr 2002 gesunken und wird weiter zurück gehen. Allein dadurch



In der „großen“ Politik, so kann man den Eindruck gewinnen, sind zur Zeit alle von einer Kommissionitis erfasst. Der Charme der runden Tische, mit denen in der Agonie der Ex-DDR zotfelte Bürgerrechtler und mausgraue Altfunktionäre den unerfahrenen Laienpolitikern das Entscheiden abnahmen, hat tiefe Spuren im Denken hinterlassen. S. 15

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Die Ausschüsse gehen ans Werk	2
Probleme der Landkreise als Krankenhausträger	3
GZ-Kolumne Maximilian Gaul: Flächensparen ist eine Zukunftsaufgabe!	3
Regionalplanung nicht gefährdet!	3
GZ-Fachthemen: Energieversorgung - Energiesparmaßnahmen	4 - 10
Wasser - Abwasser	11 - 12
Aus den bayerischen Kommunen	13 - 16



Zur „Blauen Stunde“ zapfte der Präsident des Bayerischen Gemeindetags, Dr. Uwe Brandl, (rechts) auf der KOMMUNALE am Stand von Carl Link/Wolters Kluwer Deutschland das erste Fass Bier an. Unser Bild zeigt von links: Dr. Wilhelm Warth, Geschäftsführer von Wolters Kluwer Deutschland, sowie vom Bayerischen Gemeindetag Ltd. Verwaltungsdirektor Dr. Franz Dirnberger, Direktor Dr. Johann Keller und Ltd. Verwaltungsdirektorin Cornelia Hesse; rechts daneben: Geschäftsführendes Präsidialmitglied Dr. Jürgen Busse. Das Kronacher Unternehmen arbeitet mit dem Bayerischen Gemeindetag bei der Entwicklung computergestützter Lern- und Anwendungsprogramme für Mitarbeiter der Kommunalverwaltungen in Bayern zusammen.

Faltheuser kommt zur KPV

Finanzminister Prof. Dr. Kurt Faltheuser wird am 15. November zur Landesversammlung der Kommunalpolitischen Vereinigung (KPV) nach Feucht kommen. Unter dem Motto „reformieren statt deformieren“ diskutieren die Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker der CSU mit dem Minister Modelle und Möglichkeiten, wie die kommunalen Kassen entlastet, der öffentliche Auftrag erfüllt und die Kommunale Selbstverwaltung gewahrt werden. Zudem stehen die turnusmäßigen Neuwahlen des Landesvorstandes an. Nähere Informationen im Internet unter www.csu.de.

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, der braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Nach der Landtagswahl:

Die Ausschüsse gehen ans Werk

CSU stellt neun Vorsitzende, die SPD zwei, die Grünen einen
Jakob Kreidl wird Nachfolger von Dr. Herbert Kempfler

Fünfeinhalb Wochen nach der Wahl hat der neue Bayerische Landtag seine organisatorischen und personellen Vorbereitungen für die neue Legislaturperiode bis Herbst 2008 getroffen und ist an die Arbeit gegangen. Die drei Fraktionen haben ihre Vorstände und die Arbeitskreisvorsitzenden bestimmt, die dann in den zwölf korrespondierenden Landtagsausschüssen zu Vorsitzenden bzw. Stellvertretern gewählt wurden. Angesichts der Zweidrittelmehrheit der CSU stellt die Regierungsfraktion neun Vorsitzende, die SPD zwei und Bündnis 90/Die Grünen einen. Wobei die CSU der Opposition zwar entgegen kam, aber der SPD den Ausschuss für Bildung und Sport „abnahm“, weil Schule und Ausbildung neben Hochschule und Forschung zu den Schwerpunkten der Regierungspolitik gehören.

Der Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit bleibt in der lenkenden Obhut der CSU. Die Fraktion wählte den 51-jährigen Diplomingenieur Jakob Kreidl, Abgeordneter des Stimmkreises Miesbach, mit 99 von 105 Stimmen (94%) zum Nachfolger des aus dem Parlament ausgeschiedenen Dr. Herbert Kempfler.

Erfahrener Kommunalpolitiker

Kreidl, seit 1994 Abgeordneter, gehörte dem Ausschuss seit Frühjahr 2002 an, nachdem der Abgeordnete Alfred Reisinger zum Landrat von Straubing gewählt worden war. Kreidl verfügt über langjährige Erfahrung in der Kommunalpolitik. Vor seiner Wahl in den Landtag war er vier Jahre hauptamtlicher Bürgermeister seiner Heimatgemeinde Fischbachau, gehört auch jetzt noch dem Kreistag Miesbach an und ist Stellvertreter von Landrat Norbert Kerkel (FWG). Von seiner jetzigen Wahl zum Ausschussvorsitzenden, insbesondere von dem

großen Vertrauen, das in den 94% Ja-Stimmen zum Ausdruck kam, zeigte Kreidl sich erfreut und überrascht.

Die Interessen der Kommunen vertreten

„Das ist eine Herausforderung, die ich sehr gerne annehme“, sagte er im Gespräch mit der GZ. Er werde sich bemühen, die Interessen der Kommunen bestmöglich in die Parlamentsarbeit einzubringen. Dabei werde ihm das, was er von Dr. Kempfler gelernt habe, sehr zu Gute kommen. „Angesichts der schwierigen Situation der Kommunen wird einiges auf mich zukommen“, vermutet er. Die Finanzen seien freilich nur in enger Zusammenarbeit mit dem Haushaltsausschuss zu verbessern, was nicht einfach sein werde, solange nicht der Bund in der Finanzreform mitziehe. Hierzu verwies Kreidl auf die Initiativen der Staatsregierung.

Umsetzung des Konnexitätsprinzips

Eine entscheidende Rolle wird nach seinen Worten die Umsetzung des nun in der Bayerischen Verfassung verankerten Konnexitätsprinzips in die Parlamentsarbeit spielen. Neben den Finanzen werden in „seinem“ Ausschuss Schule, Landesentwicklung und alle weiteren Fragen eine Rolle spielen, die die Kommunen betreffen. Seine Stellvertreterin ist wie im alten Landtag die SPD-Abgeordnete und Schwabacher Stadträtin Helga Schmitt-Bussinger, Hauptschullehrerin von Beruf.

Dreh- und Angelpunkt der Landespolitik

Den Haushaltsausschuss führt unverändert Manfred Ach (CSU), vor seiner ersten Wahl in den Landtag Leiter des Staatlichen Rechnungsprüfungsamtes Würzburg. Sein Stellvertreter wird der bisherige Wirtschaftssprecher der SPD-Fraktion Dr. Heinz Kaiser, nachdem Johannes Straßer bei der Landtagswahl vor der Tür geblieben ist. Staatshaushalt und Finanzen bleiben der Dreh- und Angelpunkt

Soforthilfegesetz einziger ...

(Fortsetzung von Seite 1)
verfassungsrechtlicher Risiken. Die Absenkung der Gewerbesteuermesszahl auf 1,6 % bei Gewinnen von 25.000 - 30.000 € und der Verzicht auf die Erhöhung des Umsatzsteueranteils schaden vor allem dem ländlichen Raum.“

Die Bundestagsabgeordnete Gerda Hasselfeldt als Sprecherin der CSU-Abgeordneten hierzu: „Die aktuelle Finanznot der Kommunen muss sofort gelindert werden durch eine Senkung der Gewerbesteuerumlage, einer Anhebung des Umsatzsteueranteils der Kommunen und eine Senkung der Standards bei den Leistungsgesetzen.“ Auch der Vertreter der SPD-Bundestagsfraktion, Florian Pronold, zeigte Verständnis für die Lage der

Landespolitik, zumal Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber hier einen weiteren Schwerpunkt gesetzt hat. Ziele sind Abbau der Bürokratie und Verschlankung der Verwaltung bis hinunter zu den kommunalen Aufsichtsbehörden. Das Konnexitätsprinzip wird dabei seine Rolle spielen.

Die weiteren Ausschüsse:

≪ Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen: Franz Schindler (SPD) nach Klaus Hahnzog; Stellvertreter Peter Welnhof (CSU) wie bisher.

≪ Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie: Franz Pschierer (CSU) statt des ausgeschiedenen Adolf Dingreiter; Stellvertreterin Dr. Hildegard Kronawitter (SPD) nach Dr. Heinz Kaiser, jetzt Haushaltsausschuss.

≪ Landwirtschaft und Forsten: Helmut Brunner (CSU) nach Friedrich Loscher-Frühwald; Stellvertreter Adi Sprinkart (Grüne) statt des ausgeschiedenen Gustav Starzmann (SPD).

≪ Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik: Joachim Wahnschaffe (SPD) wie gehabt; Stellvertreter Joachim Unterländer (CSU) nachdem Konrad Kobler veräußert über die Regierungsbildung aufgegeben hat.

≪ Hochschule, Forschung und Kultur: Dr. Ludwig Spaenle (CSU) für den ausgeschiedenen Dr. Paul Wilhelm, Stellvertreter Wolfgang Vogel (SPD) nach Dorle Baumann.

≪ Bildung, Jugend und Sport: Siegfried Schneider (CSU); Stellvertreterin Marianne Schieder (SPD) bisher Vorsitzende.

≪ Fragen des öffentlichen Dienstes: Prof. Walter Eykmann (CSU) wie bisher; Stellvertreterin Christa Naaß (SPD) für den ausgeschiedenen Dietmar Franke.

≪ Eingaben und Beschwerden:

Handeln in Zeiten ...

(Fortsetzung von Seite 1)
serschutz, Mobilfunkausbau oder Betreuungsangebote für Kinder und Jugendliche auf dem Programm.

Kommunen vor dem Aus?

So stellte Dr. Johann Keller vom Bayerischen Gemeindetag die Frage: „Krise der Gemeindefinanzen - Die kommunale Selbstverwaltung vor dem Aus?“, präsentierte Gerhard Dix, ebenfalls vom BayGT, „Betreuungsangebote für Kinder und Jugendliche“, und gaben Prof. Dr. Michael Krautzberger, Bundesbauministerium, und Dr. Franz Dimberger, Bayerischer Ge-

Kommunen, konnte sich aber zu einer Unterstützung des Soforthilfegesetzes nicht durchringen.

Die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe will der Bund über eine Absenkung des Umsatzsteueranteils der Länder zwingt, sich durch ein Zusammenstreichen der kommunalen Finanzausgleiche die fehlenden Mittel von den Gemeinden und Landkreisen wiederholend. Brandl und Zellner hierzu: „Bayern würde nach dem Vorschlag der Bundesregierung 1,2 Mrd. € Umsatzsteueranteil verlieren, obwohl die Entlastung bei der Sozialhilfe nur rund 200 Mio. € beträgt. Das tragen wir nicht mit. Wir fordern die Verabschiedung des Soforthilfegesetzes.“

Alexander König (CSU) nach Franz Schindler (SPD), jetzt Vorsitzender im Rechtsausschuss; Stellvertreter Hans-Joachim Werner (SPD).

≪ Bundes und Europaangelegenheiten: Dr. Martin Runge (Grüne) statt Alfons Zeller (CSU); Stellvertreterin Prof. Ursula Männle (CSU) statt Dr. Heinz Köhler (SPD).

≪ Umwelt und Verbraucherschutz: Henning Kaul (CSU) wie bisher; Stellvertreterin Ruth Paulig (Grüne) wie bisher.

Grüne Wünsche erfüllt

Die Ausschüsse haben in der Regel 17 Mitglieder. Der Haushaltsausschuss wurde von 21 auf 23 Sitze erweitert. Damit kam die CSU dem Verlangen der Grünen nach, in dieses besonders wichtige Gremium zwei statt bisher ein Fraktionsmitglied entsenden zu können.

Entgegen gekommen ist die CSU auch der - bislang vergeblichen - Grünen-Forderung, in dem geheim tagenden Parlamentarischen Kontrollgremium (PKG) Sitz und Stimme zu erhalten. Laut Gesetz hat das PKG fünf Mitglieder, von denen die CSU ihrer Mehrheit entsprechend vier und die SPD eines stellen würde. Die CSU gibt den Grünen einen Sitz ab. Es habe keinen Sinn, sagte CSU-Fraktionsvorsitzender Joachim Herrmann, sie auszuschließen, nachdem sie im Bundestag an der Kontrolle des Verfassungsschutzes beteiligt seien.

In der CSU bestand die Befürchtung, die Geheimhaltung sei bei den Grünen nicht gewährleistet. Das Gesetz bestimmt, dass Innen- und Justizministerium dem PKG regelmäßig über Vorgänge berichten müssen, bei denen die verfassungsmäßigen Grundrechte berührt sind; insbesondere betrifft das die Arbeit des Verfassungsschutzes.

Den Vorsitz im PKG übernimmt der CSU-Abgeordnete Herbert Ettengruber, Jurist und früherer Wirtschaftsreferent der Stadt Straubing. Er gehört auch dem Kommunalausschuss des Landtags an. **rm**

meindtag, einen Ausblick auf das neue Baurecht 2004.

Kostendeckung

Dem Thema „Kostendeckung bei der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung“ (KAG-Novelle und aktuelle Rechtsprechung) nahm sich Dr. Juliane Thimet (Bayerischer Gemeindetag) an, über „Hochwasserschutz in Gemeinden“ berichteten Raimund Schoberer, Regierung der Oberpfalz, und Werner Schmid, Bayerischer Gemeindetag. Mit „ipse“, der Service-Gesellschaft des Bayerischen Gemeindetags für Kommunen im Bereich Wasser/Abwasser, befassten sich Manfred Tylla, Stadtwerke Neumarkt in der Oberpfalz, und Dr. Heinrich Wieth-Körplich vom Bayerischen Gemeindetag.

Rathaus 2005

Mit dem „Rathaus 2005“ beschäftigten sich Hans-Peter Mayer, Bayerischer Gemeindetag, und Gerhard Dix, Bernd Düsterdiek, Deutscher Städte- und Gemeindebund, Michael Keller, T-Mobile, und Werner Schmid, Bayerischer Gemeindetag, widmeten sich in ihren Referaten wiederum dem Thema „Mobilfunk und Kommunen“. „Bayerns digitale Flurkarten - Günstiger Zugriff für Gemeinden“ lautete schließlich das Vortragsthema von Dr. Rainer Bauer, Bayerisches Finanzministerium, und Dr. Franz Dimberger, Bayerischer Gemeindetag. Spannung versprach eine von

Beste Kontakte zu den Kommunen

Beckstein verabschiedete Hermann Regensburger

„Der Abschied von einem überaus treuen, verlässlichen Partner fällt schwer. In den Jahren unserer Zusammenarbeit bist Du mir darüber hinaus zum echten Freund geworden. Es ist mir ein tiefes Bedürfnis, mit dem Adieu meinen Dank für Deine versierte, fachlich in jeder Hinsicht überzeugende Arbeit zu verbinden“, sagte Innenminister Dr. Günther Beckstein anlässlich der Verabschiedung von Innenstaatssekretär Hermann Regensburger im Innenministerium in München.

Der 17. Juni 1993 war für Beckstein und Regensburger der erste Arbeitstag im Bayerischen Innenministerium. Regensburger ist damit seit 1945 der am längsten tätige Innenstaatssekretär.

Beckstein hob die faire, angenehme und liebenswürdige Art und die bewundernswerte Fähigkeit Regensburgers hervor, selbst die kompliziertesten Materien verständlich darzustellen. „Er ist vertraut mit allen klassischen Materien der Innenpolitik von den Feinheiten des Kommunalabgabenrechts über das Dienstrecht der Polizei bis zum Sozialen Wohnungsbau“, so Beckstein.

Maßgeblich wirkte er an der Eingliederung der bayerischen Grenzpolizei in die Landespolizei mit. Für die Polizeibeamten war Regensburger stets ein kompetenter Ansprechpartner. An der Einführung der Sicherheitswacht im Freistaat 1994 hatte er entscheidenden Anteil. Als Scientology-Beauftragter der Bayerischen Staatsregierung ging er entschlossen gegen die Machenschaften dieser Organisation vor. Ein weiterer Schwerpunkt seiner Tätigkeit war der Bereich des europäischen internationalen Zusammenwirkens in der Sicherheitspolitik. Hier gilt Regensburger bundesweit als ausgewiesener Fachmann und wirkte als Berater verschiedener osteuropäischer Staaten. Seit 1998 war Regensburger auch für den Bereich der Obersten Baubehörde zuständig. Hier engagierte er sich unter anderem für die verkehrsmäßige Erschließung des neuen Münchner Fußballstadions.

Besonders hervor hob Beckstein die ausgezeichneten Kontakte, die Regensburger zu Kommunen und Landtag unterhielt, wo er vor seiner Berufung zum Staatssekretär jahrelang erfolgreich als Vorsitzender des Innenpolitischen Arbeitskreises der CSU-Landtagsfraktion wirkte.



Daniela Philippi (Bayerischer Rundfunk) geleitete Podiumsdiskussion mit Volker Halsch, Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, MdB Christine Scheel (Bündnis 90/Die Grünen), MdB Gerda Hasselfeldt (CSU), Staatskanzlei-Chef Erwin Huber, MdB, und dem Präsidenten des Bayerischen Gemeindetags, Dr. Uwe Brandl, über mögliche Wege aus der Finanzkrise.

Wege aus der Krise

Dabei sprach sich Halsch dagegen aus, dass der Bund direkte Finanzbeziehungen zu den Kommunen unterhält. Er plädierte für eine sofortige Strukturreform und äußerte die Hoffnung, dass Regierung und Opposition sich auf Vermittlungsebene einigen. Christine Scheel sprach ihrerseits von einer „Verlogenheit der Union“ in Sachen „Gewerbesteuer ja oder nein?“ und forderte eine sinnvolle Veränderung der Struktur in der Besteuerung. Ertragsstarke große Unternehmen dürften nicht länger der Ertragssteuer entziehen.

Es herrscht das Chaos!

Gerda Hasselfeldt warf der Regierung vor, unter dem Deckmantel einer Strukturreform ein „Wisch-Waschi-Gesetz“ machen zu wollen. Am Beispiel Versicherungen werde offensichtlich, dass in Berlin „kurz Entschlossenes wieder korrigiert“ wird. Man könne sich auf nichts mehr verlassen, es herrsche das blanke Chaos. Erwin Huber zeigte sich zuversichtlich, dass es schon 2004 deutliche Entlastungen geben werde. Freilich dämpfte er im gleichen Atemzug zu große Erwartungen: Es werde nicht gelingen, ein Paket zu schnüren, damit die Kommunen nächstes Jahr keine Sorgen mehr haben.

Den Kommunen stellte Huber für 2004 finanzielle Hilfen des Freistaats in Aussicht. Darüber hinaus räumte er der Verminderung der Gewerbesteuerumlage von 28 auf wieder wie vormals 20 Prozent gute Chancen bei den Verhandlungen mit der Bundesregierung ein. Im Gespräch sei zudem, den Anteil der Kommunen an der Mehrwertsteuer von 2,2 auf 3 Prozent anzuheben. Eine klare Absage erteilte Huber Bestrebungen, die Gewerbesteuer abzuschaffen.

Ein Tropfen auf den heißen Stein

Uwe Brandl zufolge wären die Erhöhung des gemeindlichen Umsatzsteueranteils und die Senkung der Gewerbesteuerumlage nur „ein Tropfen auf den heißen Stein“. Sie reichten in keiner Weise für eine solide Finanzanpassung der Kommunen aus und stellten vor allem keine Dauerlösung dar. Die Gemeinden benötigten eigenständige Gestaltungsspielräume, sie bräuchten ihre gemeindliche Finanzautonomie. Ohne sie drohe das kommunale Selbstverwaltungsrecht zur leeren Hülse zu mutieren.

Finanzielles Desaster

Brandl hatte bereits bei der Eröffnung der Kommunale darauf hingewiesen, dass die Gemeinden derzeit ein finanzielles Desaster erleben. Die Bürgermeister suchten nach Wegen aus der Finanzmisere, um den Bürgerinnen und Bürgern trotz leerer Kassen die gewohnten Dienstleistungen erbringen zu können. Brandl appellierte an die Bundesregierung und die Bayerische Staatsregierung, die Gemeinden nicht weiter im Regen stehen zu lassen. „Eine faire (Fortsetzung auf Seite 4)

Landräteseminar in Fürth:

Probleme der Landkreise als Krankenhausträger

Beim 35. Landräteseminar des Bayerischen Landkreistags in Fürth befassten sich über 100 Teilnehmer mit dem Thema „Probleme der Landkreise als Krankenhausträger im Spannungsfeld zwischen Sicherstellungsauftrag und Finanzierbarkeit“. Theo Zellner, Präsident des Bayerischen Landkreistages und Landrat von Cham, plädierte in einer Pressekonferenz gemeinsam mit der gastgebenden Landrätin, Dr. Gabriele Pauli, dafür, angesichts der gesamtwirtschaftlichen Situation und der schwierigen Haushaltslage bei Staat und Kommunen die Verwaltungsreform insbesondere auf der unteren Ebene weiterzuführen.

Nach der Bayerischen Landkreisesordnung sind die Landkreise verpflichtet, unbeschadet der Verbindlichkeiten Dritter in den Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit die erforderlichen Krankenhäuser zu errichten und zu unterhalten. 70 der 71 Landkreise in Bayern betreiben 148 Krankenhäuser mit 30.664 Betten.



Theo Zellner.

Im Jahr 2001 erwirtschafteten 129 Kreiskrankenhäuser ein Betriebsdefizit von 38,4 Mio. € 23,6 Mio. € mussten die Landkreise davon als Träger ausgleichen. Dazu kamen 105,4 Mio. € als Bauaufwand. Im Jahr 2002 stieg bei 105 Kreiskrankenhäusern das Defizit auf 52,5 Mio. € das zu 22,8 Mio. € von den Landkreisen ausgeglichen wurde. Für Baumaßnahmen fielen 65,9 Mio. € an. Für das Jahr 2003 befürchteten die Kreiskrankenhäuser ein Betriebsdefizit in Höhe von 54,6 Mio. €

Einheit der Verwaltung

Die Verwaltungsreform, so Zellner und Pauli, dürfe sich nicht auf Abbau und Vereinfachung von Verwaltungsvorschriften beschränken, sondern müsse die Einheit der Verwaltung auf der unteren Ebene umfassen. Deshalb sollten Freistaat und kommunale Spitzenverbände prüfen, welche Sonderbehörden oder zumindest welche Aufgabenbereiche von Sonderbehörden in die Kreisverwaltungsebene, d.h. in die Landratsämter und kreisfreien Städte, eingegliedert werden können. Bürgerschaft und Wirtschaft sollen die von ihnen benötigten Verwaltungsentscheidungen aus einer Hand, ohne umständliche Beteiligung von Sonderbehörden erhalten. Der Landkreistag sei bei der Bewältigung dieser Aufgabe zur Zusammenarbeit mit der Staatsregierung bereit.

Reformmodell Baden-Württemberg

Im Rahmen des Landräteseminars stellten der Amtschef des Innenministeriums von Baden-Württemberg, Max Munding, und der Präsident des Landkreistags Baden-Württemberg, Dr. Edgar Wais, das Reformmodell von Baden-Württemberg vor. Dieses sieht unter anderem einen durchgängigen dreistufigen Verwaltungsaufbau und die Integration der unteren Sonderbehörden in die Landratsämter und Stadtkreise vor. Neben einer Beschleunigung der Verwaltungsverfahren erhofft man sich durch

Synergieeffekte, insbesondere durch Sachmittel- und Personalkosteneinsparungen eine Effizienzrendite von 20 Prozent.

Der Bayerische Landkreistag verwies auf die bereits erfolgte Eingliederung der Gesundheits- und Veterinärverwaltung in die Kreisverwaltungsbehörden, die sich in der Praxis bewährt hat. Er



Dr. Gabriele Pauli.

wird in verschiedenen Projektgruppen unter Beteiligung der Landkreise versuchen, eigene Vorschläge zur Behördenreform zu erarbeiten.

Sicherstellungsauftrag

„Der kommunale Sicherstellungsauftrag kann nur aufrecht erhalten werden, wenn entsprechende Rahmenbedingungen für die Landkreise geschaffen werden“, erklärte Landkreistagspräsident Zellner. Deshalb haben die Landräte folgende Ergebnis-

Krankenkassen für die Leistungen voraus. Die Krankenkassen werden dringend gebeten, ihre Zahlungsmoral zu verbessern und die Abrechnungen der Krankenhäuser ohne Ausflüchte innerhalb der Zahlungsfrist zu bezahlen.

3. Baukostenförderung im Freistaat Bayern:

Im Jahr 2004 muss es wieder eine Einplanungsrunde für dringlichste Baumaßnahmen geben. Baumaßnahmen sollen nur für zukunftsfähige Krankenhäuser bewilligt werden. Der nun in Bayern eröffneten grundsätzlichen Möglichkeit, die Budgets der Krankenhäuser um 1,1 Prozent anzuheben, muss von den Krankenkassen entsprochen werden. Wenn sich die Krankenkassen weiterhin weigern, den Erhaltungsaufwand als budgetrelevant anzuerkennen, darf sich der Freistaat Bayern nicht aus der Verantwortung (und Förderung) heraushalten.

4. Grundsatzfragen zum Betrieb von Krankenhäusern:

Die Umsetzung der EG-Richtlinie muss die tägliche Mindestruhezeit vorgeben. Eine Verweisung von Regelungen an die Tarifvertragspartner ermöglicht keine zeitnahen Lösungen. Die Umsetzung der EG-Richtlinie zum Betriebsratsdienst und die Finanzierung der Mehrkosten müssen zeitgleich erfolgen. Die dafür bis 2009 jährlich vorgesehenen 100 Mio. € reichen nicht aus. Die Gewerbeaufsicht im Freistaat Bayern muss die organisatorischen und personellen Probleme der Krankenhäuser bei Umsetzung des geänderten Arbeitszeitgesetzes berücksichtigen. Der BAT muss durch ein anderes Tarifwerk abgelöst werden, um gleiche Wettbewerbsbedingungen mit den privatgewerblichen Krankenhäusern zu ermöglichen. Die steigenden Aufwendungen für die Zusatz-

versorgungskasse sind eine unerträgliche Belastung.

Die Krankenkassen werden dringend gebeten, ihre Zahlungsmoral zu verbessern und die Abrechnungen der Krankenhäuser ohne Ausflüchte innerhalb der Zahlungsfrist zu bezahlen.

Anzeigen in der GZ
 Ihre Ansprechpartnerin:
Viktoria Bertele
Telefon: 08171/9307-11
 Fax: 08171/80514
 Internet: <http://www.gemeindezeitung.de>
 eMail: info@gemeindezeitung.de

se und Forderungen in einem Katalog zusammengefasst:

Forderungen

1. Sicherstellungsauftrag: Zur Aufrechterhaltung des kommunalen Sicherstellungsauftrags müssen Rahmenbedingungen geschaffen werden, welche den Landkreisen die Aufgabenerfüllung ermöglichen. Die Krankenhausplanung des Freistaates Bayern darf die Neustrukturierung der Krankenhauslandschaft in Bayern nicht behindern. Die Landkreise sollen sich verstärkt um Kooperationen mit anderen Krankenhäusern und Krankenhausträgern bemühen. Die Landkreise als Krankenhausträger sollen Verbundlösungen zur gemeinsamen Sicherstellung der Krankenhausversorgung mit Landkreisen und kreisfreien Städten anstreben.

2. Rahmenbedingungen für die Finanzierbarkeit: Das duale Finanzierungssystem setzt zeitnahe Leistungen des Staates für Bau und Ausstattung und

5. Krankenhausförderrecht in Bayern: Bei der pauschalen Krankenhausförderung muss die Bezugnahme auf das Krankenhausbett durch einen anderen Maßstab ersetzt werden. Übergangsweise soll die jetzt den Krankenhäusern zugewiesene Förderung als Mindestleistung unabhängig von der Entwicklung der Bettenzahl festgelegt werden. Bei Ausgliederung von Betriebsteilen (outsourcing) wie z.B. Küche, Wäscherei, Labor soll der Freistaat auf die Rückzahlung der Fördermittel verzichten, wenn die Betriebsteile überwiegend dem akutstationären Bereich dienen. Das soll auch gelten, wenn eine eigene Service-GmbH des Landkreises oder des Krankenhauses für das Krankenhaus arbeitet. Auf die Rückzahlung von Fördermitteln soll das Land verzichten, wenn Pflegestationen der Krankenhäuser in Kurzzeitpflegeeinrichtungen umgewandelt werden, weil nachsorgende Systeme den akutstationären Bereich ergänzen. **DK**

GZ Kolumne Maximilian Gaul

Liebe Leser

Flächensparen heißt die Zukunftsaufgabe, die ernsthaft und nachhaltig umgesetzt werden soll. Mit großer Spannung folgte ich deshalb einer Einladung der Regierung, um neue Erkenntnisse zu gewinnen. Oft braucht es zu einer nachhaltigen Umsetzung eben erst die Erkenntnis, dass eine Aufgabe sinnvoll, unabwieslich und auch notwendig im Wortsinne ist. Bewusstseinsbildung nennt man das und sie schadet nicht.

Da ich mich ungern neuen Erkenntnissen verschließe, habe ich mich auch mit großer Ernsthaftigkeit auf die Veranstaltung vorbereitet, die reich bebilderte Broschüre gelesen, in der gewonnene Erfahrungen aus Modellkommunen

Flächensparen ist eine Zukunftsaufgabe!

eingeflossen sind, und bin aufmerksam den Ausführungen kompetenter Referenten gefolgt.

Ich habe dann gelernt, dass man die Bürger beteiligen soll, Kommunikation pflegen und für die Vorzüge der Nachverdichtung werben muss. Dass man aber in den ländlichen Gemeinden Nachverdichtung begrenzen soll, um ortstypische Strukturen und Gebäudetypologien nicht nachteilig zu verändern. Ich habe auch erfahren, dass man hierzu auch Bebauungspläne für eine innerörtliche Bebauung erstellen kann. Interessante Einsichten, die man als Bürgermeister sicherlich das erste Mal gehört hat.

Besonders interessiert war ich an den Ausführungen eines meiner Berufskollegen aus der Modellkommune, der ehrlich sagte, warum seine Stadt sich beworben hat: man wollte kostenlos an das begehrte GIS-System kommen. Recht hat er. Das System ist wirklich super.

Als Vorteil der geleisteten Arbeit in der Modellkommune stellte man fest, dass Stadtverwaltung und Rat nun genau wissen, welche Brachflächen wo in der Gemeinde und in welcher Größe zu finden seien. Außerdem sei man sich nun des Problems besser bewusst, auch wenn man jeden Tag bei der Größe der Kommune von weniger als 10.000 Einwohnern mit dem Fahrrad an den Brachflächen vorbeifahre.

Josef Deimer, Alfred Reisinger und Rudolf Heiler:

Regionalplanung nicht gefährden!

Deutlich hat Staatskanzleichef Erwin Huber jüngst zum Ausdruck gebracht, dass die Regionalen Planungsverbände seiner Ansicht nach abgeschafft gehören. Kommunen und Staat würden durch regionale und Landesentwicklungsplanung zu stark eingeengt. Die Vorsitzenden zweier Planungsverbände, Landshuts OB Josef Deimer (Regionaler Planungsverband Landshut) und Straubing-Bogens Landrat Alfred Reisinger (Planungsverband Donau-Wald) wehren sich gegen eine Auflösung dieser Gremien. Reisinger denkt sogar laut über eine Erweiterung der Kompetenzen nach. Der Vorsitzende des Bezirksverbands Oberbayern im Bayerischen Gemeindetag, Grafings Erster Bürgermeister Rudolf Heiler, hat der GZ-Redaktion inzwischen eine Resolution seines Verbandes zugeleitet, die die Bedeutung der Regionalen Planungsverbände ausdrücklich würdigt und von der Staatsregierung eine differenzierte Betrachtungsweise verlangt.

Deimer zufolge kann die Regionalplanung in den 30 Jahren ihres Wirkens große Erfolge vorweisen. Bei der Sicherung von Rohstoffen wie Kies und Sand, Lehm, Ton und Bentonit habe sie Pionierarbeit geleistet. Es sei gelungen, die Gewinnung der Bodenschätze großräumig zu ordnen und die Versorgung der Wirtschaft zu sichern. Gleichzeitig konnte der Schutz von Natur und Landschaft gefördert werden.

Nicht dem Zufall überlassen

Ein modernes Land wie Bayern mit seinem gewaltigen Siedlungsdruck könne nicht nach dem Zufallsprinzip vorangebracht werden. Gerade größere Maßnahmen benötigten überörtliche Sichtweisen und interkommunale Abstimmung.

Ein fatales Signal ist es Deimer zufolge gewesen, den Bereich der Landesplanung vom Umweltministerium in das Wirtschaftsressort zu verlagern. Wollte man dabei auch noch die



Aber: Wo Investoren zu finden sind, die Industrie und Gewerbebranchen noch für arbeitsplatzschaffende Firmen beplanen und auch bebauen, anstatt mit einem weiteren Supermarkt, konnte mir auch keiner sagen. Wie man an gehortete Grundstücke zur Wohnbebauung kommt, wie man erschlossenes Bauland auch gegen den Willen von Spekulanten in den Markt bringt, das habe ich auch nicht erfahren.

Genau dieses Problem aber besteht weiter. Lieber werden

Häuser leer gelassen, als günstig an Familien vermietet. Die Kommune kann in der Dorferneuerung oder durch Städtebauförderung sicherlich hier oder da einmal ein Gebäude erwerben, aber alle Gebäude, die leer stehen und verkauft würden, jedoch nicht vermietet, weil sie dann schlechter zu verkaufen sind, kann unsere Kommunen auch nicht erwerben und so viele „Häuser der Vereine“ brauchen wir halt auch nicht.

Warum sind wir denn in den 90er Jahren auf die grüne Wiese gegangen, um Neubauland auszuweisen und baureif zu machen? Weil der Siedlungsdruck hoch war und Bauland innerorts nicht feilgeboten wurde, jedenfalls nicht zu erschwinglichen und sozial verträglichen Preisen. Warum auch, täglich wurde für den Quadratmeter doch mehr geboten.

Solange das Steuerrecht denjenigen bevorzugt, der so viel Geld übrig hat, dass er es in Grundstücke anlegen kann, die zwar erschlossen und damit baureif sind, für die die Kommune alle Infrastruktur bereit halten muss, aber nicht bebaut werden, solange werden wir auch an Grenzen bei der nachhaltigen Aufgabe, Flächen zu sparen, stoßen. Oder wir halten unser Bauland so knapp, dass sich Spekulanten und Grundstückshalter ins Fäustchen lachen.

Nun im Ernst: Flächensparen ist natürlich eine Zukunftsaufgabe. Aber das Wie interessiert mich auch nach dieser Tagung noch immer.

Max. Gaul

über eine Erweiterung der Entscheidungsbefugnis nachdenken. Die Planungsverbände hätten sehr zur Entwicklung des Landes beigetragen. Und auch die grenzübergreifende Regionalplanung sei wertvoll - Beispiel EU-Osterweiterung. Selbst Euregio, so Reisinger, sei ein Kind der Regionalplanung.

Abbau von Standards

Beim Gemeindetag hält man angesichts der zunehmenden Verflechtung der Verkehre die Regionalen Planungsverbände für unverzichtbar. Auch die gewerbliche Entwicklung, sowie der Versorgung im Bereich der Ballungsräume sprächen für dieses Instrumentarium. Man sei nachdrücklich für den raschen Abbau von staatlich verordneten Standards, biete jedoch eine enge Zusammenarbeit mit den staatlichen Behörden an.

Die Kommunen stünden zur kommunal organisierten Regionalplanung in eigener Zuständigkeit, so Heiler, weil sie durch das Zustandekommen von gemeinsam formulierten Zielen und Grundsätzen die Infrastruktur in den Kommunen entscheidend mitgeprägt und an Einfluss gegenüber staatlichen oder anderweitigen Planungsvorstellungen gewonnen habe. Diese Errungenschaften der Stärkung der kommunalen Planungshoheit dürften im Rahmen der Verwaltungsreform nicht geopfert werden - die Regionalplanung müsse weiterhin in kommunaler Verantwortung bleiben. **DK**

Erweiterung der Entscheidungsbefugnis

Alfred Reisinger betonte, gerade im ländlichen Raum sei die Regionalplanung wichtig. Neben einer Straffung könne man sogar

Wiesheu lobt Energiedienstleister:

Saubere Energie am Chiemsee

Erdgas Südbayern: Letzte Arbeiten zur Anbindung abgeschlossen

Der südbayerische Energiedienstleister Erdgas Südbayern GmbH (ESB) hat in diesem Jahr die letzten Arbeiten zur Anbindung der Erdgasversorgung für den nördlichen und westlichen Chiemsee abgeschlossen. Damit werden nun weitere fünf Chiemseegemeinden - Seeon-Seebruck, Eggstätt, Gstadt, Prien und Bernau - zukünftig mit der umweltfreundlichen Energie Erdgas versorgt. Bei der Inbetriebnahmefeier auf der Fraueninsel wurde der Projektabschluss mit allen Beteiligten gefeiert. Als Ehrengast war Wirtschaftsminister Dr. Otto Wiesheu gekommen. Sein Ministerium begleitete das Vorhaben von Anfang an.

ESB-Geschäftsführer Werner Bähre hob in seiner Rede das Engagement des Wirtschaftsministers besonders hervor. Dessen Mithilfe und die Unterstützung von Seiten seines Ministeriums ermöglichten dieses sinnvolle Erschließungsprojekt. Die fünf Seegemeinden Seeon-Seebruck, Eggstätt, Gstadt, Prien und Bernau werden nun mit Erdgas beliefert. Sie bieten

ihren Einwohnern damit eine attraktive Energiealternative an.

Gemeinsamer Finanzierungsplan

Ein gemeinsamer Finanzierungsplan schuf für das Projekt eine solide Basis. Eine Million Euro steuerte das Bayerische Wirtschaftsministerium bei, die angeschlossenen Seegemeinden gaben ebenfalls eine Million Euro mit dazu und 2,8 Millionen kamen von der Ruhrgas AG. Der Löwenanteil, vor allem die Kosten für den Bau und den Ausbau der Leitungen für die Ortsnetze, fiel der ESB zu.

Insgesamt wurden im Chiemseer Bereich ca. 20 Kilometer Gashochdruckleitungen verlegt, 48,6 Kilometer Ortsnetz-Leitungen und bisher 10,6 Kilometer Leitungen für Hausanschlüsse.

Großverbraucher

Mittlerweile nutzen auch eine Reihe von Großverbrauchern in der Region die Vorteile der Erdgasversorgung, wie das Erlebnisbad Prienera oder das Kreiskrankenhaus in Prien. Hier werden Wasser und Gebäude mit Erdgas erwärmt. Neben den Großverbrauchern nutzen bereits über 700 private Haushaltskunden in den Seegemeinden die Energie Erdgas.

Bayernweites Erdgas-Netz

Die Erdgasstrasse nördlicher und westlicher Chiemsee ist nun Teil eines bayernweiten Erdgas-Netzes und damit Teil der 40jährigen Geschichte der Erdgas Südbayern. Daran erinnerte der Wirtschaftsminister in seiner Festansprache. Er hob die Weitsicht seiner Vorgänger Otto Schedl und Anton Jaumann hervor, die die Potenziale dieser Energiequelle erkannt und deren Ausbau forciert hätten.

Das ESB-Netzwerk im südbayerischen Versorgungsgebiet hat eine Länge von insgesamt 7.000 Kilometern. In den letzten 40 Jahren ist es der ESB gelungen, die Akzeptanz von Erdgas als moderne Energie-Alternative deutlich zu festigen. Rund 90 Prozent der Bauherren entlang des Leitungszuges entscheiden sich für Erdgas als Heizenergie. In über 250 Städten und Gemeinden Südbayerns wird Erdgas für die Energiever-

sorgung genutzt. Über das Service- und Informationszentrum werden den Kunden und Interessenten kurze Wege geboten.

Die Bürgermeister der angeschlossenen Chiemseegemeinde, die zur Einweihung gekommen waren, sind sehr froh, dass sie ihren Bürgern diese saubere Energiequelle erschlossen haben. In den sensiblen Fremdenverkehrsregionen gilt es, alle

Möglichkeiten zu nutzen, um die Umwelt zu schützen.

Ein kleines Schmankerl hatte Werner Bähre für die Kinder und Jugendlichen der Region im Gepäck. Die ESB lud alle Schüler der Grundschulklassen der Gemeinden Seeon-Seebruck, Eggstätt, Gstadt, Prien und Bernau für einen Tag kostenlos in das Erlebnisbad Pieveravera ein.

Reformen statt ...

(Fortsetzung von Seite 1) Kinder und Jugendlichen. Dringend nötige Unterstützung, Frühförderung für Behinderte, Suchtkrankenhilfe, Straffälligenhilfe, alles wird gekürzt und gestrichen. Soziale Kälte kehrt ein.

(Fortsetzung von Seite 1) Kinder und Jugendlichen. Dringend nötige Unterstützung, Frühförderung für Behinderte, Suchtkrankenhilfe, Straffälligenhilfe, alles wird gekürzt und gestrichen. Soziale Kälte kehrt ein.

Kinder und Jugendlichen. Dringend nötige Unterstützung, Frühförderung für Behinderte, Suchtkrankenhilfe, Straffälligenhilfe, alles wird gekürzt und gestrichen. Soziale Kälte kehrt ein.

Soziale und reale Kälte

Von realer Kälte hingegen kann bereits Ursula Walther berichten. Die Kinder müssten ihre Jacken anbehalten, weil die Schulen auch bei den Heizkosten massiv sparen müssten. Auf diese Weise könne man aber die Garderobenhaken einsparen, die ohnehin nicht mehr vorhanden seien. Bei der Ausstattung fehle es aber an allem. Als Frau Walther vor 20 Jahren mit der Elternarbeit anfang, wurden Elternspenden dafür verwandt, um beispielsweise einen neuen Flügel zu erwerben, heute müssten von diesen Geldern die Ringe in der Sporthalle repariert werden. IT-Ausrüstung, ergonomisch richtige Möbel, Schulbücher mit neuer Rechtschreibung - Defizite soweit das Auge reicht.

Das Gleiche gilt für die Feuerwehr, die teilweise mit Fahrzeugen unterwegs sei, die mehr als 30 Jahre auf dem Buckel ha-

ben und heutigen Sicherheitsstandards ebenso wenig entsprächen, wie die Schutzkleidung der vielen Freiwilligen, die Leben und Gesundheit riskieren zum Schutz der Allgemeinheit. Deshalb zeichnete auch Alfons Weinzierl ein dramatisches Bild für die 340.000 Betroffenen Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren in Bayern.

Dem Druck der ruinösen Gemeindefinanzen sind nach den Worten von Michael Wendl die Mitarbeiter in den Kommunen kaum mehr gewachsen. Die Zukunftsperspektive seien ostdeutsche Verhältnisse. Obwohl die Aufgaben zunähmen, gäbe es schon Fälle, in denen die Arbeitszeiten - und parallel dazu auch das Einkommen reduziert würden.

Die Alternative

Sehr klar verlangen die Kommunalvertreter eine Gemeindefinanzreform zum 1. 1. 2004. Es dürfe jetzt einfach keine Zeit mehr verloren gehen. Um ihre Handlungsfähigkeit zurück zu gewinnen, müssten sie entsprechend finanziell ausgestattet werden. Dies sei aber nur möglich bei Reformen auf der Einnahmenseite, wie auch auf der Ausgabenseite. Die Kommunaleinnahmen müssten gestärkt und stabilisiert werden; gleichzeitig müssten die Kommunen bei den Ausgaben um mehrere Milliarden Euro entlastet werden.

Unisono fordern Deimer und Brandl eine Verringerung der Gewerbesteuerumlage und die Erhöhung des Kommunalanteils an der Umsatzsteuer, sowie eine Entlastung auf der Ausgabenseite - beispielsweise bei der Jugend- und Sozialhilfe.



Bayerns Wirtschaftsminister Dr. Otto Wiesheu gemeinsam mit ESB-Geschäftsführer Werner Bähre. Im Hintergrund der Landtagsabgeordnete Dr. Otmar Bernhard.

Straßenfest für die Münsinger Bürger

Erdgas Südbayern (ESB) baut Versorgungsnetz aus

Pünktlich zur Heizperiode wurden bei der ESB „die Hebel umgelegt“ und damit das „Erdgaszeitalter“ in Münsing, einem idyllischen Dorf mit rund 3.000 Einwohnern am Starnberger See, eingeläutet. Gemeinsam mit Bürgermeister Franz Ertl und den Münsinger Bürgern feierte die ESB auf dem Gelände des neu gestalteten Dorfplatzes die Verlegung der 3,4 Kilometer Ortsverbindungsleitung mit einem zünftigen Bürgerfest.

Buchstäblich „mit Pauken und Trompeten“ wurde die Einführung der neuen Energie gefeiert. Nach den offiziellen Eröffnungsreden lud das Unternehmen zu vielfältigen Aktionen ein. Die Jugend des Münsinger Trachtenvereins HTEV „Seeröserl“ Ammerland-Münsing e.V. gab ein Gastspiel. Musiker der Kapelle Holzhausen beteiligten sich an den Feierlichkeiten und sorgten für die gute Stimmung. Eine Clownin überraschte die Gäste. Ein attraktives Gewinn-

spiel ergänzte das Programm. Das Münsinger Ortsnetz wird jetzt zügig weiter ausgebaut. Ein Gewerbegebiet ist bereits voll erschlossen. Bei der Trassenführung der Erdgasleitung wurde auf die Anbindungswünsche der Kunden Rücksicht genommen. Bernhard Reith, Regionalleiter Süd der ESB in Wolfratshausen, ist zufrieden: „Bereits nach wenigen Monaten konnte eine Vielzahl von Erdgaskunden gewonnen werden. Ein Erfolg für das Unternehmen!“

Das Dilemma in der Praxis

Wie die Finanzkrise sich in der Praxis auswirkt, schilderten die anwesenden Gäste. In den Sportvereinen würden viele der Kinder und Jugendlichen aufgefangan, deren Heimat sonst „die Straße“ wäre, sagte Prof. Kapustin. Jetzt würden aber Sportstätten geschlossen, weil sie nicht mehr unterhalten werden könnten. Übungsleiterstunden seien nicht mehr zu finanzieren, die Integrations- und Sozialarbeit kämen zu kurz. Es gäbe schon Vereine, die Insolvenz anmelden und ein „kaltes Klima“ machten sich breit.

Kinder sind am meisten betroffen

Im sozialen Bereich, den die freie Wohlfahrtspflege betreut, ist die Situation wohl noch schlimmer. Darüber berichtete Landes-Caritasdirektor Zerrle. 14.500 Einrichtungen seien betroffen, davon allein rund 5.000 Kindergärten. Hier trügen die Hauptlast der Einsparungen die

Handeln in Zeiten ...

(Fortsetzung von Seite 2) Aufgaben- und Finanzverteilung ist das Gebot der Stunde.“

Der Präsident wies darauf hin, dass viele Gemeinden und Städte in den vergangenen Monaten ihre Haushalte dahin überprüft haben, welche Leistungen künftig noch erbracht werden können. Der eigene Personalstand sei auf ein Minimum reduziert worden. Investitionen würden zurückgestellt. Brandl: „Wir müssen unseren Bürgerinnen und Bürgern offen und ehrlich sagen, dass wir das vielerorts bisher gebotene „Rund-um-sorglos-Paket“ nicht mehr leisten können. Viele Vereine und Organisationen haben dies schon zu spüren bekommen. Was wir in Zukunft verstärkt brauchen, ist mehr Bürgerengagement. Gerade in Zeiten leeren Kassen muss sich die örtliche Solidarität bewähren.“

Es müssen Taten folgen

Nürnbergers Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly betonte seinerseits, dass die Zeit der Kommissionen und leeren Versprechungen vorbei sein müsse; die Bürgerinnen und Bürger in den Städten und Gemeinden erwarteten von der Bundesregierung und der sie stützenden Koalition, aber auch von der unionsgeführten Opposition, dass in den nächsten Wochen Taten folgen. Das 10-Milliarden-Loch müsse endlich gefüllt werden. Eine faire Aufgaben- und Finanzverteilung zwischen Bund, Freistaat und Gemeinden sei nun endlich im Bundestag und Bundesrat zu beschließen.

Kommunen vor dem Aus

„Deutschlands Städte und Gemeinden stehen vor dem Aus“, brachte es Dr. Gerd Landsberg, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, auf den Punkt. „Ein Rekorddefizit von mehr als 10 Milliarden Euro ver-

hindert Wachstum und nimmt den Bürgerinnen und Bürgern jegliche Perspektive für lebenswerte Kommunen.“ Hintergrund: Das bundesweite Defizit der Kommunen wird 2003 erstmals rund 10 Milliarden Euro betragen. Im Jahr 2002 lag der Fehlbetrag noch bei rund 6,5 Milliarden Euro.

Dienstleistungen werden gestrichen

Auch in Bayern klagen die Kommunen über steigende Ausgaben und sinkende Einnahmen, wie aus dem Geschäftsbericht 2003 des Bayerischen Gemeindetags, den Dr. Jürgen Busse, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des BayGT, vorstellte, hervorgeht. Die Gesamtausgaben der Kommunen in Bayern beliefen sich im Jahr 2002 auf 23,5 Milliarden Euro, die Einnahmen lagen bei 22,2 Milliarden Euro. Der bayerische Fehlbetrag betrug somit 1,3 Milliarden Euro. Vor allem die Einnahmen aus der Gewerbesteuer sind eingebrochen. Bei den kreisangehörigen Städten, Märkten und Gemeinden in Bayern handelt es sich um 12,3 Prozent im Jahr 2002 gegenüber dem Vorjahr und um 17,5 Prozent im Vergleich zum Jahr 2000. Dieser Trend setzt sich im Jahr 2003 fort. Dem gegenüber stiegen die Ausgaben der Gemeinden, insbesondere die Kosten der Jugend- und Sozialhilfe, die im vergangenen Jahr in Bayern bei 4 Milliarden Euro lagen.

Welche Konsequenzen dies hat, machte Busse deutlich: „Aufgrund dieser desolaten Finanzlage sind die Kommunen nicht mehr in der Lage, die notwendigen Dienstleistungen für ihre Bürgerinnen und Bürger zu erbringen. Hinzu kommt, dass die Kommunen als größter öffentlicher Auftraggeber immer mehr ausfallen und somit auch die Betriebe unter der Finanznot der Kommunen leiden.“ DK

Heizkraftwerk Sandreuth:

Neue Erdgasleitung für GuD-Anlage

Zwischen den Nürnberger Stadtteilen Reutles und Sandreuth baut die N-ERGIE Aktiengesellschaft innerhalb der nächsten zwölf Monate eine 17,5 Kilometer lange Erdgasleitung sowie drei Mess- und Regelstationen. Notwendig wird die neue Leitung durch den Umbau des Heizkraftwerks (HKW) Sandreuth auf die moderne Gas- und Dampf-Technologie. Die neue umweltfreundliche Anlage soll zur Heizperiode 2005/2006 in Sandreuth in Betrieb gehen.

Die neue Erdgasleitung wird jedoch noch weitere Funktionen erfüllen. Zum einen verbindet sie die zukünftige GuD-Anlage mit der Leitung der Ruhrgas, dem Vorlieferanten der N-ERGIE, und ermöglicht so den Transport einer ausreichenden Menge an Erdgas in das HKW. Zum anderen dient sie der Versorgungssicherheit: Durch die neue Trasse kann Nürnberg von mehreren Seiten mit Erdgas versorgt werden. Der Bau der Erdgasleitung wurde im

Rahmen einer europaweiten Ausschreibung an die Firmen Strabag bzw. Rotec vergeben. Beide Unternehmen sind bereits seit längerem in der Stadt und in der Region tätig. Der Bau erfolgt auf Grund des engen zeitlichen Rahmens in vier Losen gleichzeitig und soll zum 1. Oktober 2004 abgeschlossen werden.

Trassenwahl und Verkehrsauswirkungen

Bei der Trassenwahl ging die N-ERGIE sehr sensibel vor: Es wurde besonders darauf geachtet, dass die Arbeiten an verkehrsneutralen Punkten der Stadt möglichst zu verkehrsarmen Zeiten erfolgen, um die Behinderung des Straßenverkehrs möglichst gering zu halten. Deshalb wurde als Bauzeit für die verkehrsreichen Punkte die Zeit zwischen Ostern und August 2004 gewählt.

Soweit möglich wird die Leitung durch unbebaute Bereiche und an verkehrsarmen Strecken verlegt. Dennoch lassen sich Auswirkungen auf den Straßenverkehr nicht vermeiden.

Die Vereinbarungen mit der

Frühjahrsmarkt in Wilburgstetten im Mai 2003 informierten sich zahlreiche Hausbesitzer über die Umrüstung auf Erdgas. Weiterhin nutzten rund 200 Interessierte die Gelegenheit zum persönlichen Beratungsgespräch mit den N-ERGIE Experten. 48 Haushalte haben sich bereits festgelegt und werden die aktuelle Heizsaison mit Erdgas abschließen.

Mit der Erdgasanbindung geht

Stadt Nürnberg sehen vor, dass Vegetation und Gewässer bei der Trassenlegung möglichst schonend behandelt werden. Ist das Fällen von einzelnen Bäumen unumgänglich, werden nach Beendigung der Baumaßnahme neue Bäume gepflanzt. Bei der Querung der Flüsse Pegnitz und Kothbrunnengraben kommt die umweltschonende Methode der Spülbohrung zum Einsatz, um Wasserbereiche und Biotope zu schützen.

„Bohrpressverfahren“

Der Bau der Erdgasleitung bringt neben der terminlichen auch einige technische Herausforderungen mit sich. Eine schwierige Aufgabe stellt beispielsweise die Querung des Frankenschnellwegs und der Bahnstrecke Nürnberg-Würzburg bei Muggenhof/Leyh dar. Durch das sogenannte „Bohrpressverfahren“ werden die beiden Hindernisse grabenlos gequert. Der Neubau der Erdgasleitung durch die N-ERGIE Aktiengesellschaft und die damit verbundenen Verkehrsbehinderungen dienen der Versorgungssicherheit und dem Umweltschutz. Denn durch die moderne GuD-Anlage im HKW werden jährlich rund 140.000 Tonnen Kohlendioxid eingespart.

ein jahrelanger Wunsch der Gemeinde in Erfüllung. Deshalb wurde ein stimmungsvolles Fest der ersten Flamme veranstaltet. Mit dabei war das N-ERGIE Mobil, von dem aus Bürgermeister Gottwald und Dr. György Jáklí, Bereichsleiter Verteilung bei der N-ERGIE, ihre Grüßworte sprachen. Eine Musikkapelle und der katholische Kindergarten St. Margareta bereicherten den Abend musikalisch.



N-ERGIE und BayGT Bezirksverband Mittelfranken:

Verlängerung der Rahmenvereinbarung über Stromlieferung

Die Rahmenvereinbarung über die Stromlieferung für kommunale Liegenschaften zwischen dem Bayerischen Gemeindetag Bezirksverband Mittelfranken und der N-ERGIE Aktiengesellschaft wurde um weitere zwei Jahre verlängert.

Am 23. September 2003 unterzeichneten der Vorsitzende des Bayerischen Gemeindetags Bezirksverband Mittelfranken, Franz Winter, sowie die beiden N-ERGIE Vertreter, Vorstandsmitglied Ewald Woste und Peter Saam, Leiter Vertrieb Kommunale Kunden, die Rahmenvereinbarung in Iphofen. Sie ermöglicht den Kommunen innerhalb des N-ERGIE Netzgebiets für ihre Liegenschaften, wie Schulen, Kläranlagen, Rathäuser, Feuerwehrhäuser etc., Strom zu günstigen Konditionen zu beziehen. Mit der Vertragsunterzeichnung setzen der Gemeindetag und die N-ERGIE ihre regionale Partnerschaft fort.

v.l.n.r. (hinten stehend): Die Bürgermeister Fritz Walter (Absberg), Josef Mend (Iphofen), Ernst Schuster (Thalmässing), Wolfgang Kelsch (Wendelstein) und Erwin Nützel (Kalchreuth), Peter Saam (Leiter Kommunale Kunden N-ERGIE). Vorne sitzend: Franz Winter (Bürgermeister Dürrwangen und Vorsitzender des Bezirksverbandes Mittelfranken), Ewald Woste (Vorstandsmitglied der N-ERGIE).

Fest der ersten Flamme:

Wilburgstetten an Erdgasnetz angebunden

Am 18. Oktober um 19 Uhr war es soweit: Bürgermeister Günther Gottwald entzündete am Vorabend des Herbstfestes die erste Gasflamme, die von Pfarrer Hans Sing geweiht wurde. Wilburgstetten ist damit an das Erdgasnetz der N-ERGIE angebunden.

Im April 2003 beschloss der Gemeinderat den Anschluss von Wilburgstetten an die Erdgasleitung. Im Juni unterzeichnete Bürgermeister Gottwald den entsprechenden Vertrag mit der N-ERGIE. Seitdem sind die Verlegungsarbeiten in vollem Gange und sind nun - nach nur zweieinhalb Monaten - bereits weitgehend abgeschlossen. Restarbeiten sind noch bis Mitte November zu erwarten.

Die Erdgasversorgung von Wilburgstetten erfolgte über den Anschluss an die Leitung der Erdgas Dinkelsbühl GmbH und zwar von Sinbronn aus. Die Erdgaszuleitung von Sinbronn nach Wilburgstetten beträgt

rund 3.500 Meter. Für die Ortserschließung Wilburgstetten wurden rund 2.100 Meter Verteilungsleitungen gelegt.

Von Wilburgstetten aus wird die Erdgasleitung weiter nach Mönchsroth gelegt. Die Investitionskosten für die Erdgaserschließung von Wilburgstetten und Mönchsroth beliefen sich für die N-ERGIE auf weit über eine Million Euro.

Die Gemeinde Wilburgstetten setzt ganz auf den umweltfreundlichen und bequemen Brennstoff. Sie plant alle kommunalen Gebäude auf Erdgasversorgung umzustellen. Auch bei den Privathaushalten ist das Interesse an Erdgas groß. Beim

Strom und Wärme aus Altholz

Der Energiedienstleister SFW GmbH hat mit der Anlage Neufahrn sein drittes Biomasse-Heizkraftwerk in Betrieb genommen

Biomasse trug bislang nur wenig zur Deckung des Energiebedarfes in Deutschland bei. Energetisch werden derzeit weniger als ein Zehntel des vorhandenen Potenzials genutzt. Absolut gesehen leistet die Biomasse einen rund dreimal größeren Beitrag zur Deckung der Energienachfrage als die Wasserkraft. Bezogen auf den Primärenergieverbrauch sind dies jedoch nur knapp 1,5 Prozent. Ein erhebliches Informationsdefizit und teilweise zu hohe Kosten behinderten in der Vergangenheit eine verstärkte Nutzung von Biomasse. Auch die gesetzlichen Rahmenbedingungen waren eher hinderlich.

Das hat sich mit der Verabschiedung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) vom 29. März 2000 und der Biomasse-Verordnung durch den Deutschen Bundestag am 1. Juni 2001 geändert. Die Biomasse-Verordnung stellt klar, welche Stoffe und technischen Verfahren in den Anwendungsbereich des EEG fallen und welche Umweltauflagen einzuhalten sind. Ziel des EEG ist es, im Interesse des Klima- und Umweltschutzes eine nachhaltige Entwicklung der Energieversorgung zu ermöglichen. Zudem soll der Beitrag erneuerbarer Energien an der Stromversorgung deutlich erhöht werden. Entsprechend den Zielen der EU und den Zielen der Bundesrepublik Deutschland könnte der Anteil erneuerbarer Energien am gesamten Energieverbrauch bis zum Jahr 2010 mindestens verdoppelt werden.

Boom bei der Bioenergie

Mittlerweile kann man von einem Boom in der Bioenergie-Branche sprechen. Ob allerdings alle in der Planung befindlichen Anlagen gebaut werden und die bereits realisierten Projekte auf

längere Sicht wirtschaftlich arbeiten können, hängt wesentlich von der Verfügbarkeit und dem Preis für Rest- und Althölzer ab.

Partner der Kommunen

Der Energiedienstleister SFW GmbH, ein Tochterunternehmen der RAG Saarberg AG, Saar-

Versorgungs- und Verkehrsbetriebe Neufahrn/Eching eine Fernwärmeversorgung (Anschlusswert: 46 Megawatt). Zwei Drittel des Jahreswärmebedarfs wurden über die Ende 2000 stillgelegte Müllverbrennungsanlage gedeckt, die von der SFW-Schwestergesellschaft SOTEC betrieben wurde. Diese Anlage wurde komplett demontiert und durch ein umweltfreundliches Biomasse-Heizkraftwerk ersetzt, das SFW im Auftrag des Zweckverbandes errichtete und auch 20 Jahre betreiben wird.

SFW sanierte das vorhandene Gebäude und errichtete einen Biomasse-Kessel sowie eine Entnahme-Kondensationsurbi-

Technische Kenndaten

Feuerungswärmeleistung:	21,0 MW
Elektr. Klemmleistung:	mittel 3,3 / max. 5,0 MW
Fernwärmeleistung:	10 MW
Prozessdampfleistung:	5 t/h
Stromerzeugung:	25.000 MWh/a
Wärmeauskopplung:	47.000 MWh/a
Dampfauskopplung:	24.000 MWh/a
Brennstoffbedarf:	
Biomasse: unbehandelte Hölzer:	10.000 t/a
Altholz:	30.000 t/a

brücken, hat nach den Anlagen in Großaitingen bei Augsburg und Werl in Nordrhein-Westfalen nun im 10 Kilometer nördlich von München gelegenen Neufahrn/Eching sein drittes Biomasse-Heizkraftwerk in Betrieb genommen. Zwei weitere in Neuwied und im thüringischen Ilmenau sind im Bau.

Seit 1975 betreibt SFW als Partner des Zweckverbandes

ne. Eine effektive Rauchgasreinigungsanlage und ein Luftkondensator wurde neben dem vorhandenen Kamin aufgestellt. Der Müllbunker wurde umgerüstet und mit Schubböden für die Versorgung mit Holzhackschnitzeln ausgerüstet.

Zur Zeit läuft die Anlage Neufahrn im Probetrieb. Als Brennstoff dienen unbehandelte Hölzer (Z.B. Obstkisten) und

Altholz. Das HKW hat eine Fernwärme- und Prozessdampfleistung von 13 Megawatt und eine elektrische Leistung von 5 Megawatt. Der erzeugte Strom wird auf EEG-Basis in das öffentliche Versorgungsnetz eingespeist. Der Bau der Anlage, die nach der 4. Bundesimmissions-Schutzverordnung (BimSchV) mit den wesentlich strenger Emissionsgrenzwerten der 17. BimSchV genehmigt wurde, erforderte Investitionen von rund 16 Millionen €

CO₂-Neutralität

Die Verbrennung von Biomasse ist CO₂-neutral, da nur so viel Kohlendioxid (CO₂) freigesetzt wird, wie beim Wachstumsprozess gebunden wurde. Dadurch leistet die Anlage einen Beitrag zum Klimaschutz. Die eingesetzte Kraft-Wärme-Kopplungstechnik erhöht noch den Minderungseffekt an CO₂ und schont zusätzlich die begrenzten fossilen Energievorkommen der Erde.



Baustelle im Juni 2003.

Neue Energie für leere Kassen

Kommunales Energiemanagement bringt Einsparungen ohne Investitionen

Bei über 350 Liegenschaften von Landkreisen, Städten und Gemeinden in Bayern wird neben Energie auch viel Geld gespart. Dies wird durch das kommunale Energiemanagement (KEM) von der Arbeitsgemeinschaft Energieagenturen in Bayern (siehe Kasten) erreicht. Basierend auf einer konsequenten Verbrauchsüberwachung optimieren die Energieagenturen mit großem Erfolg die Nutzung von Gebäude und Technik.

„Wenn eine Stadt oder ein Landkreis mit uns einen Vertrag über KEM abgeschlossen hat, geht es erst einmal an die Bestandsaufnahme“, erklärt Martin Sambale, Geschäftsführer des Energie- und Umweltzentrums Allgäu (eza!) das Vorgehen. Wenn alle Verbrauchsdaten von Strom, Heizung und Wasser erfasst sind, wird nach Einsparmöglichkeiten gesucht. „Bis zu zehn Prozent weniger Kosten schaffen wir meistens, und das ohne große Investitionen.“

Niemand muss frieren oder im Dunklen sitzen

Einstellungen für Strom und Heizung in den jeweiligen Liegenschaften wie Schulen, Rathäusern oder Turnhallen werden dem Bedarf angepasst. Dennoch muss niemand frieren oder im Dunklen sitzen. Die Heizzeiten

und -Temperaturen werden lediglich der jeweiligen Nutzung der Räume angepasst: Flure oder Turnhallen kommen mit einer niedrigeren Raumtemperatur aus als beispielsweise Büros oder Klassenzimmer.

„Auch Kleinigkeiten wie defekte Heizungsthermostate oder Pumpen summieren sich schnell zu unnötigen Energiefressern“, so Wolfgang Böhm, Geschäftsführer der Energieagentur Oberfranken, die alleine bereits über 300 Liegenschaften betreut.

Schulung für Hausmeister

Weiter werden bei Maßnahmen zum KEM alle Hausmeister geschult, um sie auf „Energiefresser“

mehr Energie eingespart werden können.

Und das bedeutet bares Geld: Beim Landkreis Oberallgäu beispielsweise betrug die Einsparung im ersten Jahr rund 25.000 € Als Nebeneffekt trägt der Landkreis durch die erheblich geringere Kohlendioxid-Emission auch aktiv zur Minimierung des Treibhauseffekts bei.

Diese möglichen Energie- und



Eine konsequente monatliche Verbrauchserfassung ist die Basis für ein gut funktionierendes kommunales Energiemanagement. Foto: eza!

Kosteneinsparungen könnten auch für andere Kommunen ein Anreiz für KEM sein. Zumal Kommunales Energiemanagement bayernweit gefördert wird: „Die jeweilige Stadt oder Gemeinde bekommt dafür einen Landeszuschuss von bis 50 Prozent, der Rest amortisiert sich durch die Einsparungen meist schon im ersten Jahr“, rechnet Martin Reuter, Geschäftsführer der Energieagentur Mittelfranken vor.

Interessierte Landkreise, Städte und Gemeinden können sich an die nächste Energieagentur aus der Arbeitsgemeinschaft Energieagenturen in Bayern wenden. Die Daten sind in dem nebenstehenden Kasten dargestellt.

Arbeitsgemeinschaft Energieagenturen in Bayern

Die Arbeitsgemeinschaft Energieagenturen in Bayern besteht aus:

• Energieagentur Oberfranken e.V. (www.energieagentur-oberfranken.de)

• Energieagentur Mittelfranken e.V. (www.eamfr.de)

• eza!, Energie- und Umweltzentrum Allgäu gGmbH (www.eza-allgaeu.de)

Alle Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft haben auch Kommunen als Gesellschafter oder Vereinsmitglieder und streben somit keine kurzfristigen Gewinne an, sondern arbeiten für den Nutzen der Kommunen.

Partner der Arbeitsgemeinschaft für Ober- und Niederbayern ist das

• Energiebüro Südbayern (www.energiebuero-suedbayern.de) Kooperatives Mitglied der Arbeitsgemeinschaft ist auch das Bayerische Energieforum und dessen Träger, die Bayern Innovativ GmbH.

Initiative auf der Kommunale 2003 vorgestellt:

Immobilien-Benchmarking für bayerische Kommunen

Von Peter Springer, Bayerische Landesbank und Dr. Lars Bernhard Schöne, REAL I.S. AG

„Immobilienmanagement in Kommunen“ war das Schwerpunktthema der Sparkassenfinanzgruppe auf der Messe „Kommunale 2003“ in Nürnberg. Mit großem Interesse und entsprechendem Zulauf wurde hier die Initiative „Immobilien-Benchmarking für bayerische Kommunen“ aufgenommen.

Einschlägige Studien und die Erfahrung von vielen Kommunen zeigen, dass die Bewirtschaftung des kommunalen Immobilienbestandes rund 15 bis 20% der Mittel des Verwaltungs-

en-Presse ausgezeichnet. Das Projekt wurde von der REAL I.S. AG, einer 100% - Tochtergesellschaft der Bayerischen Landesbank, und unter der wissenschaftlichen Begleitung des Sta-

und Auswertungen auf einer bayernweiten Vergleichsbasis. Auf dieser Grundlage können, unter Berücksichtigung der örtlichen Gegebenheiten, gezielt Maßnahmen zur Kostenreduzierung ergriffen werden, denn: Die Verwaltung erhält eine Basis für die künftige Steuerung des Immobilienmanagements anhand realistischer Kennzahlen.

Die Kernfrage lautet: Wo ist der Hebel anzusetzen, um zunächst eine Leistungs- und Kostentransparenz zu schaffen sowie kurzfristig Potenziale unter Kosten-Nutzen-Gesichtspunkten zu identifizieren? Durch die Ergebnisse werden z.B. einzelne Gebäude identifiziert, bei denen mit hohem Wirkungsgrad agiert werden kann.

Vor diesem Hintergrund unterstützen auch der Bayerische Städtetag, der Bayerische Gemeindetag, der Bayerische Landkreistag und der Verband der bayerischen Bezirke die Idee und die Ziele eines kommunalen Immobilien-Benchmarkings.

Handlungsspielräume bereits für 2004

Das Projekt wird im Januar 2004 gestartet, um zeitnah Ergebnisse zu erzielen, die anschließend schon im Jahr 2004 von den Kommunen umgesetzt werden können. Der zeitliche

Ablauf gestaltet sich wie folgt:
 ✎ Die bayerischen Kommunen können sich bis zum 31.01.2004 für das Projekt anmelden.
 ✎ Im 1. Quartal 2004 sind die Gebäudedaten (Verwaltungsgebäude, Schulen und Kindertagesstätten) über ein Internetportal zu erfassen. Die abgefragten Daten wurden vorab mit Praktikern aus Liegenschaftsverwaltungen abgestimmt. Technische Unterstützung erhalten die Teilnehmer über die REAL I.S. AG.
 ✎ Im 2. Quartal 2004 werden die Daten dann umfassend ausgewertet.
 ✎ Im 3. Quartal erhalten die Teilnehmer ihren individuellen Ergebnisbericht.

Günstige Teilnahmegebühr

Die Aufwandspauschale für die teilnehmende Kommune liegt je nach Gebäudezahl zwischen 1.500 Euro und 4.000 Euro. Diese moderate Teilnahmegebühr kann angeboten werden, da die Entwicklungskosten im Vorfeld von der bayerischen S-Finanzgruppe getragen und das Projekt bereits erfolgreich bei 37 bayerischen Sparkassen mit rund 1.300 Gebäuden umgesetzt wurde. Es ermöglichte die konsequente Hebung von Kostensenkungspotenzialen auch im Eigenbestand der bayerischen Sparkassen.

Weitere Informationen

Die notwendigen Informationen zu den Ansatzpunkten des Projektes erhalten interessierte Kommunen bei den Kommunalkundenberatern ihrer Sparkasse oder direkt beim kommunalen Kompetenz-Center der bayerischen Sparkassen-Finanzgruppe (Mail an: goetz.rinn@bayernlb.de).

Energieberatung in Pfaffenhausen:

Lechwerke informierten über energiebewusstes Bauen und Heizen

Eine Energieberatung vor Ort boten die Lechwerke (LEW) in Pfaffenhausen an. Energieberater Herbert Gugler stand im Rathaus zu ausführlichen Gesprächen zur Verfügung. Aufgrund der großen Nachfrage bot Gugler neben Energietipps auch eine computergestützte Beratung zu den beiden günstigen LEW-Stromprodukten LEW (2000) und LEW (Avanza) an.

Wer eine aktuelle Rechnung mitbrachte, erfuhr auf den Cent genau, welches Angebot der Lechwerke am besten für ihn ist. Bei der „Beratung vor Ort“

informierte der LEW-Berater Bauherren und Wohnungsbesitzer natürlich auch darüber, wie sie durch intelligentes Bauen und Renovieren den Energiebedarf beim Heizen und bei der Warmwasserversorgung auf ein Minimum senken können. Er zeigte, was eine gute Wärmedämmung für die Umwelt und den Geldbeutel leistet und beantwortete Fragen zum Thema „Elektroinstallation mit Weitblick“. Wer wissen wollte, wie man energiebewusst haushaltet, war bei der Beratung ebenfalls an der richtigen Adresse.

Lechwerke:

Gemeindetag erreicht günstigen Strombezug für Schwabens Kommunen

Vom Wettbewerb auf dem Strommarkt profitieren auch weiterhin die schwäbischen Kommunen Bayerns. Erster Bürgermeister Leo Schrell, Vorsitzender des Bezirksverbands Schwaben des Bayerischen Gemeindetags, hat mit fachlicher Unterstützung durch Ersten Bürgermeister Dipl.-Ing. Werner Mößner, Langenthalheim, nach engagierten Verhandlungen eine Einigung über die Konditionen einer Nachtragsvereinbarung zum bereits seit 1999 bestehenden Rahmenvertrag über Stromlieferungen an kommunale Einrichtung und Liegenschaften im Versorgungsgebiet der Lechwerke AG (LEW) erzielt.

Die am 21. Oktober unterzeichnete Vereinbarung sieht vor, dass der derzeit gültige Durchschnittspreis für Stromlieferungen an bayerische Kommunen im Regierungsbezirk Schwaben sowie in den Landkreisen Weilheim-Schongau und Landsberg am Lech für das Jahr 2004 um lediglich moderate 2,75 Prozent und für das Jahr 2005 vom 1. Januar bis 30. Juni um weitere 2 Prozent und ab 1. Juli 2005 um weitere 0,25 Prozent angehoben werden. Dies entspricht den Konditionen, die der Bayerische Gemeindetag bei der E.ON Bayern AG für die in deren Versorgungsgebiet liegenden Kommunen erreicht hat. Damit ist gewährleistet, dass die schwäbischen Kommunen für ihre Einrichtungen wie Schulen, Hallenbäder, Wasserwerke, Kläranlagen und Straßenbeleuchtung nicht unerhebliche Kosteneinsparungen erreichen, wovon auch die Bürgerinnen und Bürger profitieren.

Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl: „Vor dem Hintergrund, dass die Prognosen von Stromanbietern und Stromhändlern von wesentlich höheren Steigerungen der Strompreise (Stromlieferung und Netzentgelt) für die Jahre 2004 und 2005 ausgehen, bin ich mit dem erzielten Ergebnis sehr zufrieden.“

25 Jahre Bau- und Wohnberatung:

Konkrete Hilfe rund um Haus und Hof

Bei der Nürnberger Verbraucherzentrale existiert Bayerns einzige Beratungsstelle dieser Art

„Wohnberatung ist nicht Mieterberatung und auch nicht Baufinanzierung“ stellt Inge Klocker gleich am Anfang klar, was sie nicht bietet. Doch zu allen anderen Themen rund um Haus und Hof, „von der Bodenplatte bis zum First“ dürfe man sie befragen und bekomme auch meist qualifizierte Antworten „mit Worten, die der Kunde versteht“, klärt die Architektin mit gewinnendem Lächeln auf.

Aus ganz Bayern komme ihre Kundschaft, verrät sie, vielen davon könne sie bereits am Telefon helfen, beschreibt Inge Klocker die Bandbreite ihrer knapp 1500 Beratungsgespräche jährlich.

Vor 25 Jahren war wohl alles anders. Inge Klocker grinst in sich hinein, wenn sie an die Anfänge der Nürnberger Bau- und Wohnberatung denkt: Vom „Werkbund“ sei die Infostelle ins Leben gerufen worden, habe also vor allem mit Kunst, mit Gestaltung zu tun gehabt. „Die schöne Wohnung war den Menschen nach dem zweiten Weltkrieg ein großes Anliegen“, weshalb diese damals Fragen stellten wie: „Passt mein Vorhang zu der Schrankwand im Wohnzimmer?“

Breites Spektrum

Aber dies sei schon ewig kein Thema mehr; so wie Schadstoffe in der Wohnung lange Zeit niemanden interessierten, erinnert sich Klocker: „Doch in den 80er Jahren war die erste Frage dann meistens: Ist das gesund?“ Aus ihrem Beratungslogbuch sucht sie einige Gesprächsthemen der vergangenen Tage heraus: „Physikalische Wasserbehandlung - da gibt's nicht viel, was überhaupt funktioniert. Küchenplanung - welche Oberflächen machen Sinn? Oder Umzug aus einer großen in eine Seniorenwohnung - wie finde ich heraus, was ich wirklich brauche?“

„Ein breites Spektrum also“, freut sich Inge Klocker, wie abwechslungsreich ihre Arbeit ist. „Altbauanierung - hier gehäuft die Bürger mit Zuschüssen für Lärmschutzfenster rechnen. Und gegen Ende der Heizperiode ist immer das Thema Schimmel aktuell: Bei dichten Fenstern muss man halt anders lüften als bei zugigen!“ Inge

Klocker ist kaum zu bremsen, wenn sie davon erzählt, welche Probleme ihre Kunden an sie herantragen. Denn nur in ihrem Büro, „niemals vor Ort“ und immer gegen Kostenbeteiligung finden ihre Beratungen statt. Weshalb ihre Klientel schon mal mit einem größeren Fenster- oder Türen-Muster unterm Arm oder auf dem Rücken bei ihr auftauche, verrät die VZ-Angestellte.

Nicht zuletzt ist technische Beratung bei Reklamationen ihr Geschäft: Wenn sie auf „die sogenannten Consumenta-Kunden“ zu sprechen kommt, wird Inge Klocker nachdenklich. „Oft fallen die Leute auf Selbstbauheizungen herein. Es klappt zwar manchmal - aber es häufen sich die Reklamationen“, so ihr Fazit.

Psychologie gefragt

Doch hin und wieder, so scheint es, sind nicht nur die Fähigkeiten einer Architektin gefragt: „Bei Ehepaaren komme ich mir oft wie der Schiedsrichter vor; da muss ich vorsichtig sein...“ beschreibt die Beraterin ihre Grenzen.

Ihren Kunden konkrete Hilfe zu bieten, ist Inge Klockers größtes Anliegen. Doch nicht immer lässt sich dieser Wunsch verwirklichen. So vermittelte sie beispielsweise bis Ende letzten Jahres Nürnberger Bürger, die an bestehenden Straßen mit Lärmproblemen zu kämpfen hatten ans städtische Tiefbauamt: Im Falle, eine dort durchgeführte Berechnung ergab erhöhte Pegel, konnten die Bürger mit Zuschüssen für Lärmschutzfenster rechnen. Doch „diese freiwillige Leistung der Stadt fiel den Einsparmaßnahmen zum Opfer“ heißt es von Seiten der Baubehörde.

Heinz Wraneschitz



Bayerns Innenminister Dr. Günther Beckstein informierte sich gemeinsam mit dem Ersten Vizepräsidenten des Bayerischen Gemeindetags, Bürgermeister Wolfgang Kelsch (im Hintergrund), und dem Geschäftsführenden Präsidialmitglied des Verbandes, Dr. Jürgen Busse, am Messestand der Sparkassenfinanzgruppe. Unser Bild zeigt die Gäste gemeinsam mit Götz Rinn von der Bayerischen Landesbank.

haushaltes bindet. Dieser Aufwand kann merklich reduziert werden, wenn die Kostenstrukturen transparent gemacht und konsequent gesteuert werden. Dabei will die bayerische Sparkassen-Finanzgruppe die Kommunen gezielt unterstützen.

Facility-Management-Anerkennungspreis 2003

Grundlage hierfür ist das erfolgreich abgeschlossene Projekt „Immobilien-Benchmarking im Sparkassenverband Bayern“. Dieses Projekt wurde im Rahmen der 6. Internationalen Fachmesse für Gewerbeimmobilien Expo Real in München mit dem Facility-Management-Anerkennungspreis 2003 der Immobili-

tistischen Labors der Ludwig-Maximilians-Universität München (LMU) durchgeführt.

Instrumentarium für eine deutliche Kostenreduzierung

Die Ergebnisse und Erfahrungen aus dem Projekt werden jetzt für die aktuelle Initiative zur Unterstützung der bayerischen Kommunen genutzt, um mit überschaubarem Aufwand die notwendige Transparenz als Voraussetzung zur Kostensenkung bei der Immobilienbewirtschaftung zu realisieren.

Als Ergebnis des Immobilien-Benchmarking erhalten die Kommunen einen individuellen Ergebnisbericht mit Analysen

E.ON Bayern verlieh Kulturpreis Ostbayern

Für ihre herausragenden Verdienste um Kunst und Kultur in Niederbayern und der Oberpfalz wurden in Regensburg zwei Persönlichkeiten mit dem Kulturpreis Ostbayern von E.ON Bayern ausgezeichnet. Preisträger sind der Architekt, Museumsgründer und Mäzen Hanns Egon Wörlen aus Passau und der Glaskünstler Theodor G. Sellner aus Lohberg im Bayerischen Wald. Der Kulturpreis Ostbayern gehört zu den bedeutendsten kulturellen Auszeichnungen in der Oberpfalz und Niederbayern und wurde von E.ON Bayern in diesem Jahr für das Lebenswerk der Preisträger vergeben. Er ist mit jeweils 8000 Euro dotiert.

„Bei der jährlichen Auswahl der Preisträger stellen wir immer wieder fest, wie reich und vielfältig das kulturelle Leben in Ostbayern, wie groß das künstlerische Potential in unserer Region ist“, so E.ON Bayern-Generalbevollmächtigter Max Binder zu den rund 130 Gästen, darunter zahlreiche hohe Repräsentanten aus Wirtschaft, Politik und Verwaltung aus ganz Ostbayern.

Gesellschaftliche Verantwortung

E.ON Bayern blicke über seine rein wirtschaftlichen Interessen hinaus und nehme seine gesellschaftliche Verantwortung auch für Kunst, Kultur und Wissenschaft gern an. Auch der seit 1959 bestehende Kulturpreis Ostbayern sei ein Beweis dafür. „Gerade in Zeiten knapper öffentlicher Kassen möchten wir für Kunst und Kultur, aber auch im Bildungsbereich einen Beitrag leisten“, so Binder weiter. Für den Kulturpreis, die Förderung der Hochschulen und weitere Auszeichnungen für junge Wissenschaftler stelle E.ON Bayern im Jahr rund 150.000 Euro zur Verfügung.

Fester Bestandteil der Preisverleihung ist auch eine gemeinsame Werkschau von Wörlen und Sellner im Lichthof der E.ON Bayern-Regionalleitung in der Prüfeninger Straße 20, die der Öffentlichkeit zugänglich ist und ausgewählte Werke der Preisträger zeigt.

In seiner Ansprache zum Thema „Kultur schaffen, bewahren, fördern“ dankte Regierungspräsident Dr. Wilhelm Weidinger den Preisträgern: „Beide Preisträger haben auf ihre Art wesentliche, wahrhaft preiswürdige Beiträge zur Lebendigkeit unserer ostbayerischen Kulturlandschaft geleistet, haben unser Kulturleben nachhaltig gefördert, haben ihm Zukunft gegeben.“

Kunst bringt Lebensqualität

Aus der Laudatio für Hanns Egon Wörlen von Dr. Edith Rabenstein: „Kunst zu vermitteln, ist Hanns Egon Wörlen eine Herzensangelegenheit. Und er wird nicht müde, eloquent bei seinen Ausstellungseröffnungen immer wieder darauf hinzuweisen, welche Lebensqualität Kunst für den Menschen bringt.“ Sein Anliegen sei es, am kulturträchtigen Standort Passau die bildende Kunst von der klassischen Moderne bis zu den neuesten zeitgenössischen Positionen von West nach Ost und von Ost nach West zu vermitteln. Dr. Rabenstein betonte, dass Wörlens Museum Moderne Kunst Passau als international anerkanntes Institut enorme Bedeutung für die ostbayerische Region habe.

Hanns Egon Wörlen hat in seinem Leben die Kunst, vor allem die moderne Malerei, zum wesentlichen Anliegen gemacht. Als erfolgreicher Architekt kaufte er 1986 in Passau das stark renovierungsbedürftige Althaus in der Bräugasse 17 und machte es in jahrelanger, liebevoller Arbeit zu einem Museum für moderne Kunst, das heute weit über Passau hinaus einen ausgezeichneten Ruf hat. 1988 gründete er die „Stiftung Wörlen

zentrales Anliegen Wörlens ist die Förderung und Dokumentation bedeutender Künstler aus der Region selbst, was ihn zu einem der prominentesten Förderer und Bewahrer zeitgenössischer Kunst in Ostbayern macht.

Der Zauber des Glases

„Mit seinem Werk hat Theodor Sellner der Skulptur international, nicht nur im Bereich des Glases, eine weitere Facette hinzugefügt“, so Ines Kohl in ihrer Laudatio für den Preisträger. „Unentwegt ist er auf der Suche nach neuen Möglichkeiten, was man wie mit welchen Materialien noch anstellen könnte, um

den ganzen Zauber des Glases zu entfalten.“ Für Theodor G. Sellner solle das Glas der Gegenwart die Faszination dieses Werkstoffes ausdrücken, den noch keiner jemals erfassen konnte. Es solle die alten Techniken und die neuen Erfindungen zu schöpferischen Werken vereinen. Denn wer die Grenzen des Glases suche, der laufe dem Horizont nach.

Vision und Verständnis

Der Oberpfälzer Theodor G. Sellner ist einer der wichtigsten Glaskünstler Deutschlands. Mit der Teilnahme an vielen großen und bedeutenden Ausstellungen, die ihn unter anderem auch in die USA, nach Japan und in zahlreiche europäische Länder geführt haben, unterstreicht Sellner seine herausragende Stellung als Künstler, der sich ganz auf das spannende Material Glas konzentriert. Theodor G. Sellner verbindet künstlerische Vision,



E.ON Bayern verlieh den Kulturpreis Ostbayern 2003 an Hanns Egon Wörlen und Theodor G. Sellner.

kulturelles Verständnis für Traditionen und vollkommenes Glas Handwerk miteinander und schafft damit immer wieder eigenständige Welten aus Glas. Mit seinen Arbeiten profilierte sich Sellner als einer der wesentlichen Künstler der Gegenwart auf dem Gebiet der Glaskunst.

Der Kulturpreis Ostbayern der E.ON Bayern AG wird von einem neutralen Kulturbeirat vergeben, der sich aus Repräsentanten der Bezirksregierungen und der Wissenschaft zusammensetzt und von unabhängigen Kunstsachverständigen intensiv beraten wird.

Energie-Contracting:

Wie Kommunen ohne Kosten investieren und sparen können

Freibadpumpen sind Energieverschwender
Großes Sparpotenzial bisher vernachlässigt

Burgkirchen - Auch wenn man kein Geld hat oder keinen Kredit aufnehmen will, kann man investieren und dabei sogar noch sparen. Das klingt unglaublich, ist aber trotzdem wahr. Eine echte Alternative für Kommunen mit leeren Kassen. Die Gemeinde Burgkirchen a.d.Alz (10.000 Einwohner) im Landkreis Altötting macht es vor.

Auf Initiative des Umweltreferenten wurde im Freibad Burgkirchen nach Möglichkeiten zur Energie-Einsparung gesucht. In allen Bädern geht der größte Stromverbrauch auf das Konto der starken Umwälzpumpen in der Filteranlage.

Energieverschwendung

Die Wasserhygiene muss stimmen - doch dass die Umwälzpumpen Tag und Nacht mit 100 Prozent Leistung laufen, ist Energieverschwendung. Immerhin erlaubt die DIN 19643 „Schwimmbadwasser“ inzwischen den Pumpenbetrieb in Abhängigkeit von der Besucherzahl. Um bis zu 50 Prozent darf der Volumenstrom der Umwälzanlage reduziert werden, wenn dabei die Hygiene-Richtwerte eingehalten werden.

Nun sind aber viele Kommunen so knapp bei Kasse, dass sie sich eigentlich keine Investitionen mehr leisten können, mögen sie noch so sinnvoll sein. Wie ein Privater, der sich ein Auto gekauft hat, das 20 Liter Sprit auf 100 Kilometer schluckt. Weil das Geld für eine Umrüstung des Motors fehlt, muss er weiterhin an der Tankstelle berappen.

Simbacher Alternative

Eine Alternative hat sich die IEG (Intelligente Energienutzungsberatungs GmbH) aus Simbach am Inn ausgedacht und mit einem Pilotprojekt im Freibad Burgkirchen in die Tat umgesetzt. Dabei wird die Investition mit den über einen bestimmten Zeitraum hinweg erzielten Einsparbeträgen finanziert. Die Firma IEG entwickelte ein Steuerungsgerät für die Pumpen, einen fest programmierten Computer. Sensoren stellen fest, wie viele Badegäste das Schwimmbaden betreten. Die Wasser-

hygiene wird ohnehin gründlich überwacht: Laufend durch Messsonden und zusätzlich durch täglich drei Kontrollen von Hand, deren Ergebnisse im Betriebstagebuch festgehalten werden.

Intelligente Steuerung

Die intelligente Steuerung macht sich auch die Daten der Messsonden zu Nutze. Auf diese Weise wird sowohl eine stets ausreichende Wasserhygiene als auch eine Berücksichtigung der Besucherzahl erreicht, weil für Verunreinigungen im Wasser in erster Linie die Badegäste verantwortlich sind. Bei schwachem Besuch und in den Nächten reduziert die IEG-Steuerung die Pumpenleistung.

Erfolgreiche Erprobungsphase

Die Gemeindewerke Burgkirchen waren vorsichtig und stellten für die Badesaison 2003 erst einmal die beiden Pumpen des Spaßbeckens auf intelligente Energienutzung um. Der Erfolg dieser Erprobungsphase ist beeindruckend: Trotz des sagenhaft schönen Sommers mit entsprechendem Massenandrang konnte die Firma IEG ihr geschätztes Sparziel von über 50 Prozent erreichen. Obwohl es nach Aussage von Betriebsleiter Erich Gottwald sehr viele Tage gab, an denen die Besucherzahl volle Pumpenleistung erforderte, beträgt die Stromersparnis rund 58 000 Kilowattstunden.

Minderverbrauch an Strom

Bei einem durchschnittlichen Sommer rechnet die IEG mit 65.000 Kilowattstunden weniger. Dies entspricht dem Jahresstromverbrauch von mindestens 15 Einfamilien-

häusern. Um die gleiche Energiemenge photovoltaisch zu ersetzen, benötigt man eine 60-kW-Anlage zum Preis von 300.000 Euro.

Der Minderverbrauch an Strom lässt sich auch finanziell ausdrücken: „In einer Badesaison mit durchschnittlichem Besuch werden weit über 3000 Euro gespart - bei dem günstigen Tarif, den die Gemeindewerke haben. Für Privathaushalte ließe sich das Dreifache ansetzen“, betont der Geschäftsführer der IEG, Max Winkler.

Investition bezahlt sich selbst

In diesem erheblichen Sparpotenzial liegt der Grund dafür, dass sich die Investition in intelligente Steuerungstechnik gleichsam selbst bezahlt. Denn die Energienutzungsberatung der Gemeindewerke stellt den Gemeindewerken die Geräte kostenlos zur Verfügung und bezieht die Vergütung aus der Ersparnis. Wenn die Stromersparnis 48.000 Kilowattstunden im Jahr übersteigt, werden die Gemeindewerke sogar mit zehn Prozent beteiligt. Bei mehr als 55.000 gesparten Kilowattstunden be-

kommen die Gemeindewerke 20 Prozent der Ersparnis.

Die Gemeindewerke mussten sich lediglich verpflichten, die IEG-Steuerungstechnik bis Ende 2008 zu betreiben. Danach gehen die Geräte ins Eigentum der Gemeinde über und die Gemeindewerke kommen in den vollen Genuss der Stromkostensparnis. Rund 10.000 Euro hätten Erwerb und Installation der Steuerungstechnik im Burgkirchener Freibad gekostet, ohne das so genannte Energie-Contracting.

Von der Technik überzeugt

Angesichts solch gewichtiger Vorteile gibt es nun bei den Gemeindewerken kein Zögern mehr: Schon jetzt steht fest, dass für die nächste Saison auch die übrigen vier Pumpen für das Mehrzweckbecken mit Energiespartechnik ausgerüstet werden. „Wir sind von der Technik überzeugt. Für uns ist das kostenneutral, wir können da nicht viel falsch machen“, stellt Armin Bauer, Leiter der Gemeindewerke, fest.

Sparen ohne Qualitätsverlust und ohne Kosten - das gefällt auch dem Bayerischen Gemeindetag. Der Referent für Energiefragen, Werner Schmid, ließ das von der IEG entwickelte Verfahren „Bäderoptimax“ von einem Elektroingenieur beurteilen. Dieser kam zu der Einschätzung, das System sei durchaus in der Lage, die prognostizierten Einsparungen zu erreichen.

Herbert Gerlitz



Betriebsleiter Erich Gottwald lüftet das Geheimnis um das „Energiesparwunder“ im Burgkirchener Bad: Zwei Frequenzumformer mit Computersteuerung. Foto: Gerlitz

Wasserkraft als Eckpfeiler der Energieversorgung

Jahrestagung der Vereinigung Wasserkraftwerke in Bayern

Bei der Jahrestagung der Vereinigung Wasserkraftwerke in Bayern (VWB) in München unterstrich Wirtschaftsminister Dr. Otto Wiesheu den hohen Stellenwert der Wasserkraft in Bayern. Die bestmögliche Nutzung heimischer Wasserkraft gehöre seit jeher zum Grundbestand der Ziele bayerischer Energiepolitik. Wasserkraft bilde zusammen mit der Kernenergie den Eckpfeiler einer wettbewerbsfähigen, klima- und umweltverträglichen Energieversorgung.

Der Freistaat, so Wiesheu, unterstütze die Wasserkraftnutzung traditionell in vielfältiger Weise, wobei ein besonderes Engagement auch der „kleinen“ Wasserkraft gelte. Die Energiestatistik unterstreiche den Erfolg dieser Politik. So habe sich die Erzeugung von Wasserkraftstrom seit 1950 verdreifacht. Wiesheu zufolge ist die Vereinigung Wasserkraftwerke in Bayern ein höchst engagierter Streiter für die Wasserkraft, die mit dazu beitrage, die Basis für diese wertvolle Energiequelle in Bayern zu schützen und zu verbessern: „Was mithilft, die sinnvolle Nutzung der Wasserkraft in Bayern zu schützen und zu fördern, wird die Unterstützung des Bayerischen Wirtschaftsministeriums finden.“

Der Vorsitzende der Vereinigung Wasserkraftwerke in Bayern, MdB Peter Ramsauer, übe scharfe Kritik am Referentenentwurf zur Novelle des Erneuerbare-Energie-Gesetzes (EEG). Der Entwurf von Umweltminister Jürgen Trittin sei ein Programm zur Vernichtung

kleiner Wasserkraftanlagen. Die reine Bestandssicherung der Wasserkraft sei viel zu wenig. Ramsauer begrüßte die Haltung Wiesheus, die sog. große Wasserkraft nicht in das EEG einzu beziehen, sondern deren weiteren Ausbau mit gezielten Investitionshilfen zu fördern.

Hohe Stetigkeit

Der Präsident des Bundesverbandes Deutscher Wasserkraftwerke, Anton Zeller, verwies darauf, dass die Wasserkraft mit 2.627 Milliarden Kilowattstunden weltweit mehr erzeugt als alle 441 Atomkraftwerke zusammen. Die Wasserkraft habe gerade während der Jahrtausend-Dürre gezeigt, dass sie durch ihre Anlagen Zufluchtsorte für Fische und Wasserlebewesen darstelle und eine hohe Stetigkeit bei der Energieerzeugung bewahre. In Bayern könne die Nutzung der Wasserkraft noch um mehrere Milliarden Kilowattstunden unter gesamtökologischen Gesichtspunkten gesteigert werden. DK

Energiegutachten bestätigt:

Horrende Kosten rot-grüner Energiepolitik

Wiesheu: „Rot-Grüne Energiewende lässt Wahl zwischen volkswirtschaftlicher Strangulierung oder CO₂-Kollaps“

Als „dringenden Appell an die Bundesregierung, die energiepolitischen Weichenstellungen noch einmal gründlich zu überdenken und zu korrigieren“ hat Bayerns Wirtschaftsminister Otto Wiesheu das Ergebnis einer vom Energiedialog Bayern angeregten Studie bezeichnet.

In der Studie von Prof. Voß, IER (Institut für Energiewirtschaft und Rationelle Energieanwendung, Stuttgart) werden verschiedene Energie-Szenarien auf Bundes- und Landesebene mit und ohne Kernenergie, immer aber mit hohen Klimaschutzanforderungen miteinander verglichen. Das Ergebnis: Die CO₂-Minderungen, die in den Szenarien des Energiedialogs angesetzt und auch - als Ziel für 2010 - im Klimaschutzprogramm der Staatsregierung festgelegt wurden, sind weitaus ehrgeiziger, als die CO₂-Minderungen, die nach den vergleichbaren bundesweiten Szenarien in Bayern erzielt würden. So gehen die CO₂-Emissionen nach den bayerischen Szenarien von 90 Mio. t in 1999 bis 2010 auf 80 Mio. t und bis 2020 auf 70 Mio. t zurück, während sie z.B. nach den Szenarien der

Bundes-Enquête-Kommission in 2010 noch zwischen 82 Mio. t und 87 Mio. t und in 2020 zwischen 82 Mio. t und 92 Mio. t betragen würden.

Die vergleichende Analyse der verschiedenen Szenarien bestätigte auch die enormen volkswirtschaftlichen Kosten, die ein Verzicht auf die Kernenergienutzung vor allem bei gleichzeitiger Erfüllung der CO₂-Minderungsziele zur Folge hätte. Als Ergebnis stellt der Gutachter auf Grund der Analyse fest, dass sich bei einem Kernenergieverzicht der Zielkonflikt zwischen den ökonomischen und den ökologischen Zielen einer nachhaltigen Energieversorgung drastisch verschärfen würde und die Umsetzung der Klimaschutzziele unter diesen Umständen mit einer Gefährdung des Wirtschafts- und Energiestandortes Bayern verbunden wäre. ⚡

Bayerischer Energiepreis 2004

Das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft, Verkehr und Technologie vergibt gemeinsam mit dem Bayerischen Energie-Forum den „Bayerischen Energiepreis 2004 - Mit neuer Energie in die Zukunft“.

Der Preis ist mit insgesamt 25.000 Euro dotiert. Er würdigt herausragende innovative Leistungen auf dem Feld der rationalen Energienutzung, der erneuerbaren Energien und der neuen Energietechnologien. Die Innovationen müssen bereits umgesetzt sein. Mit der Auszeichnung sollen Anreize für weitere Innovationen in der Energietechnik gegeben werden.

Die Bewerbungsfrist endet am 26. Januar 2004. Weitere Auskünfte zum Bayerischen Energiepreis gibt das Bayerische Energie-Forum bei Bayern Innovativ, Gewerbemuseumsplatz 2, 90403 Nürnberg, Tel.-Nr.: (0 18 05) 35 70 35, e-mail: energie@bayern-innovativ.de, www.bayerisches-energie-forum.de.

Internationale Fachmesse acqua alta:

Vier Tage im Zeichen des Hochwasserschutzes

Auf der acqua alta werden erstmals alle Fach- und Themenbereiche abgedeckt, die bei der komplexen Thematik Hochwasser ineinander greifen. Experten aus Industrie, Politik, Wissenschaft sowie den relevanten Verbänden und Hilfsdiensten treffen sich vom 24. bis 27. November im ICM und der Halle C1 der Neuen Messe München, um gemeinsam die Problematik Hochwasser zu erörtern, die gemachten Erfahrungen zu analysieren und Lösungen zu erarbeiten.

Mit aktiver Unterstützung des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, des Verbandes Deutscher Ingenieure (VDI), des Verbandes Beratender Ingenieure (VBI), des Hauptverbandes der deutschen Bauindustrie, des Zentralverbandes des Deutschen Baugewerbes und des Bundes deutscher Architekten - um nur einige der 600 unterstützenden Verbände und Institutionen zu nennen - ist es gelungen, eine Messe mit angeschlossenem Kon-

gress zu entwickeln, die die Gesamtheit der Themas Hochwasser und Katastrophenschutz abdeckt.

Bauwirtschaft

Zentraler Bestandteil der Messe sind Themen der Bauwirtschaft, allen voran das Segment des Fluss- und Deichbaus in Form von Ausbau, Umbau, Rückbau und Renaturierung. Zu diesem Aspekt finden auf dem Kongress der acqua alta diverse Vorträge statt: So spricht zum Beispiel Prof. Dr. Ing. Hans-Heinrich Witte, Leiter der Bun-

desanstalt für Wasserbau in Karlsruhe zum Thema „Ausbau von Wasserwegen und Hochwasserschutz“. Franz-Josef Sieg vom Bundesverband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau e.V. widmet sich dem Thema „Fluss- und Deichbau, naturnaher Wasserbau von Fließgewässern“.

Präsentationen

Ein weiterer wesentlicher Aspekt der Hochwasserschutzproblematik ist der temporäre und mobile Hochwasserschutz. Neben namhaften Ausstellern wie ThyssenKrupp GfT und Arcelor Long finden sich auch zu dieser Thematik Präsentationen auf dem Kongress. So zum Beispiel die „Presentation of the UK kitemarking scheme for flood prevention products“, die von Nic Ward, Technical Director der Flood Protection Association aus Großbritannien vorgestellt wird.

Wasserbeständige Baustoffe

Tiefbau und Landschaftsbau mit Spezialtiefbauereichen wie Erdbau, Grabenverbau, Unterwassertiefbau, Holzwasser- und Stahlwasserbau sowie Deich- und Dammbau haben ebenso ihre Plattform, wie der große Bereich der wasserbeständigen Baustoffe und ihr Einsatz in hochwassergefährdeten Bereichen.

Neueste Erkenntnisse

Des weiteren finden sich zum Themenkreis der langfristigen Hochwasservorsorge auf Messe und Kongress Beiträge zum Thema Bauplanung und Bauen am Fluss, zum Beispiel der Vortrag von Prof. Dr.-Ing. Klaus Fischer, Verbandsdirektor a.D. beim Raumordnungsverband Rhein-Neckar, und Regionalverband Unterer Neckar, Mann-

heim, der zu „Raumordnung und Hochwasservorsorge“ Stellung nehmen wird. Zudem werden Produkte und neueste Erkenntnisse aus dem Bereich Bautechnik, Gebäudetechnik und Gefährliche Anlagen vorgestellt.

Breite Präsenz von Industrie und Wissenschaft

Auf die breite Präsenz von Industrie und Wissenschaft treffen bei der acqua alta Entscheider und Betroffene aus Politik und Verwaltung. Auf diese Weise wird eine optimale Verknüpfung zwischen theoretischem Wissen, praktischen Lösungen und Konsequenzen für deren Umsetzung durch die Verantwortlichen erreicht.

Praktiker und Forscher

Die acqua alta, die vom 24. bis 27. November 2003 auf der Neuen Messe München stattfindet, wird die weltweit erste internationale Plattform zur Gesamthematik Hochwasser sein. Mit der Unterstützung aller relevanten Verbände und Behörden treffen sich auf Messe und Kongress Praktiker und Forscher, Hersteller und Nachfrager von Produkten und Know How zum Thema Hochwasser- und Katastrophenschutz.

Die Kompetenz Messe München International

Die Messe München International (MMI) ist mit rund 40 Fachmessen für Investitionsgüter, Konsumgüter und Neue Technologien eine der weltweit führenden Messegesellschaften. Über 30.000 Aussteller aus mehr als 90 Ländern und mehr als zwei Millionen Besucher aus rund 180 Ländern nehmen jährlich an den Veranstaltungen in München teil. Darüber hinaus veranstaltet die MMI Fachmessen in Asien, Nord- und Südamerika. Mit fünf Tochtergesellschaften im Ausland und 75 Auslandsvertretungen, die 89 Länder betreuen, verfügt die MMI über ein weltweites Netzwerk.

Weitere Informationen unter www.acqua-alta.de



Für 3,4 Millionen Mark ist in Muhr am See das „Naturschutzzentrum Altmühlsee“ entstanden. Von links: Ludwig Sothmann, der Landeschef des LBV, Bürgermeister Roland Fitzner, Umwelt-Staatssekretärin Emilia Müller und Wolf-Dieter Ueberrück von der Regierung von Mittelfranken. Foto: Falk

Bestechendes

Naturschutzzentrum Muhr

Muhr am See (wefa) - Die Architektur und das Konzept bestechen: Das für 3,4 Millionen Euro in Muhr am See errichtete „Naturschutzzentrum Altmühlsee“ wird von Fachleuten hoch gerühmt, weil es die traditionelle Scheunenarchitektur mit modernen Elementen verbindet. Aber nicht nur das: Mit seinen rund 5000 Quadratmetern ist es quasi ein Dorf im Dorf.

Vier Gebäude mit einem großen Innenhof und einer Freilichtbühne dienen dem dörflichen Gemeinschaftsleben ebenso wie der Touristik und dem Landesbund für Vogelschutz, der dort ein Informationszentrum mit Dauerausstellungen sowie seine Geschäftsstelle hat.

Ein denkmalgeschützter Stall, Rest eines längst abgerissenen Bauernhofs, erfährt eine neue Nutzung als Begegnungsstätte („Scheune“). Um ihn herum gruppieren sich die drei anderen, neu gebauten Gebäude: der „Dorfstadel“ (Veranstaltungs- und Festraum), der „Gästestadel“ (Tourist-Info, Ausstellungsraum) und der „Seestadel“ (Naturschutzzentrum des LBV mit Dauerausstellung und Darstellung des Überleitungsprojekts).

„Dynamisch und spannungsreich“

„Dynamisch und spannungsreich“ findet Emilia Müller, Staatssekretärin im Umweltministerium, das Naturschutzzentrum des LBV, der seit 1988 in Muhr am See eine Geschäftsstelle unterhält und von dort aus seine Exkursionen am Altmühlsee steuert. Jährlich kommen rund 12000 Besucher zu Führungen (2002 waren es 540 Veranstaltungen), 60 Prozent davon sind Schulkinder.

Ludwig Sothmann, der Landesvorsitzende des LBV, ist stolz darauf, dass Muhr am See seit heuer als Umwelstation staatlich anerkannt ist und damit zu den 30 bayerischen Umweltpunkten gehört. Im neuen Haus befinden sich nicht nur Geschäftsräume, sondern auch ein Labor, eine Umweltbibliothek und die Dauerausstellung „Zugvögel verbinden“, wobei die faszinierende Vogelwelt am Altmühlsee (230 Arten sind nachgewiesen worden) genauso dargestellt wird wie die naturkundlichen Zusammenhänge. 200 Besucher können auf der Freilichtbühne Platz nehmen. Der Innenhof eignet sich für Märkte und Feste ganz vorzüglich. Bestnoten gab es bei der Eröffnung für den Architekten Stefan Lautner von der Freisinger Gruppe A2. Er hat es verstanden, eine ansprechende Architektur auf dem Dorf zu realisieren, der Modellcharakter gemessen wird.

NRW-Stadtwerke:

Gegen Einführung eines Wasserentnahmeentgelts

VKU: „Wasserversorger werden als Steuereintreiber missbraucht“

Das von der NRW-Landesregierung geplante Wasserentnahmeentgelt wird von den über 230 nordrhein-westfälischen Stadtwerken aufs Schärfste abgelehnt. „Das Wasserentnahmeentgelt ist eine „verkappte Wassersteuer“, weil es nicht der Finanzierung des Gewässerschutzes, sondern der Sanierung des Landeshaushalts dienen soll“, erklärte Dr. Norbert Ohlms, Vorsitzender der VKU-Landesgruppe NRW anlässlich einer Landtagsdebatte zu diesem Thema.

Da der Landesgesetzgeber selbst davon ausgehe, dass das Wasserentnahmeentgelt von den nordrhein-westfälischen Wasserversorgern auf deren Kunden abgewälzt wird, bediene er sich bewusst der Wasserversorger als „Steuereintreiber“. Das Wasserentnahmeentgelt sei, so Ohlms, nicht nur ökologisch sinnlos, sondern gefährde vielmehr sogar den Gewässerschutz, weil es den Fortbestand der bewährten und erfolgreichen weit über 100 Kooperationen zwischen den Wasserversorgungsunternehmen und der Landwirtschaft nachhaltig beeinträchtigt.

Soziale Unverträglichkeit

Es sei sozial unverträglich und belaste den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen, da es nicht nur zu unnötigen Wasser-, sondern auch Strom-

preiserhöhungen für Verbraucher, Gewerbe und Industrie führen werde. Der VKU rechne mit Trinkwasser-Preissteigerungen für die Haushalts- und Gewerkekunden zwischen 3 und 10 %.

Steigende Stromerzeugungskosten

Zusätzlich würden durch die Belastung des Kühlwassers auch die Stromerzeugungskosten ansteigen, was allein für die Stadtwerke Duisburg AG eine Mehrbelastung in Höhe von 3 Mio. Euro pro Jahr bedeute. Die auf Kühlwasser angewiesenen, umweltfreundlichen Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen würden dadurch gegenüber anderen stromproduzierenden Anlagen zusätzlich benachteiligt, was sich negativ auf das nationale CO₂-Minderungsprogramm auswirken werde.

125 Jahre Bayerisches Landesamt für Wasserwirtschaft:

Garant kompetenter und bürgernaher Lösungen

Festakt mit Umweltminister Werner Schnappauf

Der Präsident des Bayerischen Landesamtes für Wasserwirtschaft (LfW), Albert Göttle, hat bei der 125-Jahr-Feier des Landesamtes in München an alle Beteiligten appelliert, das bayerische Wasser konsequent zu schützen und zu erhalten. „Wir müssen jetzt die Weichen stellen, damit der bayerische Wasserschutz langfristig gesichert bleibt.“ Der Chef der bayerischen Wasserzentrale will vor allem den Schutz des Grundwassers in der Fläche weiter verbessern. „Wir müssen stärker als bislang die Nutzung des Bodens an den Grundwasserschutz koppeln, denn Wasser ist unser kostbares Lebensmittel Nummer Eins“, sagte Göttle. Bayern gewinnt 93 Prozent seines Trinkwassers aus dem Grundwasser, was einzigartig ist in Deutschland.

Deutliche Fortschritte sieht Göttle beim Hochwasserschutz. Die Hochwasser der letzten Jahre seien ein „Warnschuss gegen das Vergessen“ gewesen. Es müsse aber nun der Hochwasserschutz vorangetrieben werden, so lange die Erinnerung noch frisch sei, betonte Göttle: „Hier sind der Freistaat, die Kommunen und die Anlieger gemeinsam gefordert.“ Derzeit baut das Landesamt sein Hochwasserwarnsystem mit modernster Informationstechnologie zu einem Vorhersagedienst aus. Seit November sind die überschwemmungsgefährdeten Gebiete Bayerns im Internet für Jedermann zugänglich.

Bewährt haben sich in diesem Jahrhundertssummer nach den Worten Göttles die Wasserspeicher wie zum Beispiel der Syl-

venstein und das Überleitungssystem mit der fränkischen Seenplatte, mit dem Wasser aus dem wasserreichen Donaugebiet ins wasserärmere Maingebiet geleitet wird. Die in der Bauzeit zum Teil heftig umkämpften Wasserspeicher haben bei den angespannten Wasserverhältnissen gut funktioniert und für einen wirksamen Ausgleich in Bayern gesorgt.

Als „Garant kompetenter und bürgernaher Lösungen“ bezeichnete Umweltminister Werner Schnappauf das LfW. Als eine der weltweit ältesten Wasserbehörden konzipierte das Landesamt beispielsweise das wasserrechtliche Jahrhundertprojekt Bayerns - die Überleitung von Altmühl- und Donauwasser in das Regnitz-Main-Gebiet. Die Wasser-Überleitung aus Südbay-

ern in das wasserarme Nordbayern ist für Natur, Industrie, Landwirtschaft und Tourismus gleichermaßen segensreich. Das Landesamt ist kompetenter Ansprechpartner für alle wasserwirt-

schaftlichen Fragen zum Hochwasser-, Lawinen-, Gewässer- und Trinkwasserschutz. Darüber hinaus ist es auch die zentrale Service- und Informationseinrichtung für Hochwasserwarnungen und Lawinenlageberichte.

Auf der Basis eines umfassenden Messstellennetzes erhalten Bürger, Behörden und Unternehmen aktuelle Hochwasserberichte. Diese stützen sich auf computerberechnete Prognosen für die Ausbreitung der Hochwasserwellen entlang der Gewässer in Bayern. Das LfW erarbeitet darüber hinaus bayernweite Konzepte

für den Hochwasserschutz und den Wasserrückhalt. So ist z.B. geplant, in den nächsten Jahren rund 30 Millionen Kubikmeter Rückhaltevolumen in sieben gesteuerten Flutpoldern zu schaffen.

Unverzichtbare Arbeit

Laut Schnappauf ist auch die Arbeit der Lawinenwarnzentrale im LfW für den bayerischen Alpenraum unverzichtbar. Sie gibt in den Wintermonaten täglich aktuelle Lawinenlageberichte heraus und ist Anlaufstelle für die 32 vor Ort tätigen ehrenamtlichen Lawinenkommissionen. Seit der Einführung des Lawinenwarndienstes vor über 35 Jahren hat es in Bayern im überwachten Bereich keine Lawinentalen gegeben. Die Dokumentation des Lawinengeschehens und das in der Lawinenwarnzentrale geführte Lawinenkataster sind darüber hinaus wichtige Grundlagen für die Landesplanung. So wurden z.B. nach dem Lawinenwinter 1998/99 erkannte Gefahrenbereiche bei der Ausweisung der Tabuzonen des bayerischen Alpenplans berücksichtigt.

Das Landesamt verdankt seine Geburt katastrophalen hygienischen Zuständen: Noch bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts starben im damaligen Königreich Bayern Menschen an Seuchen und Krankheiten, weil sie verunreinigtes Wasser tranken. Vor 125 Jahren wurde deshalb das „Königlich Technische Bureau für Wasserversorgung“ als erste Wasserschutzbehörde gegründet. Sie brachte den Bau zentraler Wasserversorgungsanlagen voran und war der Vorläufer des heutigen Landesamtes für Wasserwirtschaft. **DK**



Bei der Vorstellung der Renaturierungsmaßnahme, von der positive gewässerökologische Auswirkungen erwartet werden (von links): Bezirksrat Werner Brandl, Bezirksrat Martin Bachhuber und der stellvertretende Amtsvorstand des Wasserwirtschaftsamtes Weilheim, Baudirektor Johannes Riedl.

Bild über Engl...

Auf dem Weg zu neuen Wegen an der Ammer

Schnurgerade, wie mit einem Lineal gezogen, fließt heute noch die Rott Richtung Ammersee. Dieser gerade Verlauf ist von Menschenhand geschaffen: In den zwanziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts erhielt der kleine Fluss im Zuge der „Hebung der Bodenkultur im Ammertal unterhalb Weilheims“ als kulturbautechnische Maßnahme eine Begradigung und wurde mit Deichen versehen; damit ist die Rott auch deutlich in ihrer Lauflänge reduziert worden.

Grund für die damalige Begradigung waren häufige Überschwemmungen landwirtschaftlicher Nutzflächen in der Erntezeit. Die angrenzenden Flächen konnten deshalb nur als Streuwiesen genutzt werden und wurden erst durch die Begradigung zu nutzbaren Futterwiesen. Der Eingriff entsprach durchaus den damals geltenden gesellschaftlichen Ansprüchen an den Wasserbau. Es wurde Raum für die landwirtschaftliche Nutzung geschaffen und damit die Gewässer in ihrem freien natürlichen Lauf immer mehr in ein Korsett zurückgedrängt. Über die Folgen dieser Maßnahmen z.B. beim Ablauf von Hochwässern wusste man damals nicht Bescheid.

Gewässer zweiter Ordnung

Die Rott ist ab der Einmündung des Michelsbaches westlich von Raisting ein Gewässer zweiter Ordnung. Damit ist der Bezirk Oberbayern für Unterhalt und Ausbau zuständig und macht nun die Sünden der Vergangenheit wieder rückgängig, wo dies möglich und finanzierbar ist. Die Renaturierung der Rott anzugehen, war jedoch nicht einfach, denn die Baumaßnahme liegt größtenteils im Naturschutzgebiet „Vogelfreistaat Ammersee-Süd“ bzw. im Landschaftsschutzgebiet „Streuweisen bei Raisting“. Vor dem Beginn der Baumaßnahmen waren intensive Abstimmungsgespräche mit dem Naturschutz erforderlich.

Langer Atem war jedoch vor allem beim Grunderwerb nötig, denn dieser zog sich über mehr als zehn Jahre hin. Die lange Vorbereitungsphase - erste Plä-

derizierte Begriff von der „Aufsteigerregion Niederbayern“ sei sicher nicht überall treffend. Die Österreicher hätten sich bereits gut aufgestellt für die Osterweiterung der EU, die Tschechen seien gerade dabei, „und auch wir wollen nicht durch den Rost fallen“, plädierte Riedl. Es sei einfach zu wenig, angesichts des zu erwartenden Verkehrsaufkommens nach der Osterweiterung nur noch zum „Stau- und Durchgangsbereich“ deklassiert zu werden, „wir wollen nicht nur die Last, sondern auch die Lust der kommenden Entwicklungen verspüren“.

Eggenfeldens Bürgermeister Werner Schiefl mahnte dazu, nicht nur die Risiken, sondern vor allem die Chancen der Er-

ne stammen aus den achtziger Jahren - habe sich aber gelohnt, wie Bezirksrat Martin Bachhuber bei der Vorstellung der Renaturierungsmaßnahme ausführte: „Wir erwarten uns große, positive gewässerökologische Auswirkungen“.

So wird sich der kanalisierte gerade Gewässerlauf in einen geschwungenen, mäandrierenden Lauf mit der Formung von Prall- und Gleituffern umwandeln und sich das Angebot an Gewässerlebensraum für Fische und Fischnährtiere durch Verlängerung des Gewässerlaufes deutlich erhöhen. Schließlich erreichte man die Wiederherstellung der biologischen Durchgängigkeit zwischen der Rott und der Alten Ammer sowie die Vernetzung von Gewässeraue und Fließgewässern in Überschwemmungsbereichen. Bachhuber: „Es entsteht damit ein bedeutender Baustein im Biotopnetz Bayern.“

Gewonnener Raum

Gleichzeitig wird durch die Rückverlegung des Deiches wieder Retentionsraum gewonnen. „Damit kann auf natürliche Weise Wasser zurückgehalten werden und, ähnlich den Perlen an einer Kette, als Einzelbaustein auf kleinem Raum zum Hochwasserschutz beitragen“, so der Bezirksrat. Die Baumaßnahme schlägt mit rund 280.000 Euro zu Buche. Der Freistaat Bayern fördert den sog. ökologischen Ausbau mit 60 %, also rund 169.000 Euro. Für die Planung und die Projektleitung ist das Wasserwirtschaftsamts Weilheim verantwortlich. Die Bauausführung erfolgt durch die Flussmeisterstelle Weilheim. **we**

weiterung zu sehen. „Wir müssen jetzt die Anstöße geben, nicht nur reagieren, sondern agieren“, war sich Schiefl mit den anderen Gemeindeoberhäuptern einig.

Einstimmig votierten die Bürgermeister schließlich für einen Beschlussvorschlag, demzufolge der Beitritt zur Euregio Bayerwald-Böhmerwald-Unterer Inn positiv bewertet und den Gemeinde- und Stadträten empfohlen wird. Bruni Mayer zeigte sich zufrieden mit diesem Ergebnis der Informationsveranstaltung: „Die Bürgermeister haben eindrucksvoll gezeigt, dass sie die Zeichen der Zeit erkannt haben. Ich bin überzeugt, dass wir den Beitritt zur neuen Euregio nicht bereuen werden.“ **DK**

Leserbrief an die GZ

„In der Gemeindezeitung vom 16. Oktober 2003, 54. Jahrgang, berichten Sie auf Seite 11 vom Pfarrkirchner Klärschlamm-Seminar, bei dem ich die Bayerische Klärschlammpolitik stark kritisiert habe, und dazu stehe ich auch.“

Leider hat sich ein Fehler eingeschlichen. Denn Sie schreiben in der 2. Spalte des Artikels, dass ich gesagt hätte: „es stehe fest, dass durch das Verbot der landwirtschaftlichen Klärschlamm-Ausbringung eine Qualitätsverbesserung von Nahrungsmitteln und ein besserer Verbraucherschutz gewährleistet sind“. Genau das Gegenteil ist der Fall. Dadurch ist eben eine bessere Qualität nicht gewährleistet. Dieser Satz contrapunktiert ja eigentlich den Artikel. Ich bin daraufhin schon von einigen Lesern angesprochen worden und ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie dies bei einer Ihrer nächsten Ausgaben berücksichtigten.

Das Thema Klärschlamm ist leider negativ besetzt und es ist schade, dass ein so wertvoller Dünger preisgegeben wird. In der Anlage übersende ich Ihnen mein Redemanuskript, das ich für die Jubiläumstagung der ATV DVVK in Fürth letztes Jahr gehalten habe. Ähnliche Ausführungen machte ich auch in Pfarrkirchen, doch hier habe ich frei gesprochen. Es wird bei uns wertvoller Dünger, der strengsten Untersuchungsregeln unterliegt, vernichtet oder durch die Lande gefahren und dabei wird eine Menge Energie vergeudet. Wenn man schon die Klärschlamm-Ausbringung auf landwirtschaftliche Flächen verbietet, dann müsste es parallel eine Untersuchung der Kunstdünger, die auf Felder ausgebracht werden; auch durch Kunstdünger werden Böden belastet. Des weiteren könnten wir uns unterhalten über die Ausbringung von Gülle, die teilweise wesentlich höhere Schwermetallwerte hat als Klärschlamm. Oder über die Fäkalien-Ausbringung, die ohne Nachweis unter bestimmten Voraussetzungen erfolgen darf und wenn ich es ganz sarkastisch nehme, müsste man auch die Leichenbestattung verbieten. Sie sehen, ein unendliches Thema, das leider der Emotion geopfert wurde.“

Mit freundlichen Grüßen

Georg Riedl 1. Bürgermeister, Pfarrkirchen

Thermalsolbad Staffelstein:

Erweiterung der Saunaanlage

Das Thermalbad in Staffelstein soll durch eine wesentlich erweiterte Saunaanlage noch attraktiver gestaltet werden. Aus Mitteln des regionalen Wirtschaftsförderungsprogramms 2003 hat die Regierung von Oberfranken dem Zweckverband Thermalbad Staffelstein in Bad Staffelstein zur Erweiterung der Sauna in der Obermaintherme im Wege der Anteilsfinanzierung einen Zuschuss bis zur Höhe von 682.000 Euro bewilligt.

Die Ende 1993 fertiggestellte Saunaanlage in der Obermaintherme wurde für 120 Personen geplant und gebaut. Sie wird jedoch so gut angenommen, dass seither die Zahl der Saunabesucher um das 2,5- bis 3-fache gestiegen ist. Um diese positive Besucherentwicklung dauerhaft halten zu können, beabsichtigt der Zweckverband Thermalbad Staffelstein eine umfangreiche Erweiterung des Saunabereiches.

Die bestehende Sauna soll nach Nordwesten erweitert werden. Es ist geplant, ein zweigeschossiges Gebäude mit Serviceeinrichtungen (z.B. Vita-Bar, Massagebereich) sowie Aufenthalts- und Ruhezonen etc., zu errichten. Daran schließt sich ein Saunagarten mit ca. 1.200 qm Grundfläche an, in dem verschiedene Saunen, Wasserbecken und Ruhebereiche sowie ein „Biergarten“ untergebracht werden sollen. **fpo**

Rottal-Inn:

Zeichen der Zeit erkannt

Landkreis-Bürgermeister sprechen sich für Beitritt zu neuer Euregio „Bayerwald-Böhmerwald-Unterer Inn“ aus

Dass die Auflösung der Inn-Salzach-Euregio auf bayerischer Seite beschlossene Sache ist, war bei einem Treffen von Landkreisbürgermeistern mit Landrätin Bruni Mayer in Bad Birnbach schon gar kein Thema mehr. Man müsse nach vorne schauen, oder genauer gesagt: in Richtung Osten, betonte die Landrätin, die bei den Bürgermeistern die Werbetrommel rührte für den Beitritt möglichst vieler Landkreise zu der Euregio Bayerwald-Böhmerwald, deren Namen um den Zusatz „Unterer Inn“ ergänzt werden soll.

Bekanntlich hat die Inn-Salzach-Euregio in ihrer jüngsten Sitzung vor einigen Wochen ihre eigene Auflösung zum Jahresende beschlossen. Die Initiative zu diesem finalen Schritt ging von Landrätin Bruni Mayer aus. „Mit gemeinsamem grenzüberschreitendem Jodeln ist es nicht getan“, hatte Bruni Mayer seinerzeit gesagt und wollte damit ausdrücken, dass ihr die wirtschaftlichen und für den Arbeitsmarkt der Region bedeutsamen Initiativen nicht weitreichend genug waren.

Allgemein war schon länger kritisiert worden, dass der Wirtschaftsraum Burghausen-Salzburg-Traunstein zu den „Kollegen“ in Niederbayern nur wenig Bezug hat. „Angesichts der unmittelbar bevorstehenden Osterweiterung müssen wir akzeptieren, dass die Musik der Zukunft für uns auch im Osten spielen wird“, wiederholte die Landrätin in Bad Birnbach. Es gelte, jetzt schon Verbindungen mit den Gebieten jenseits des ehemaligen „Eisernen Vorhangs“ zu knüpfen. „Und vor allem wollen wir dabei sein, wenn die Zuschüsse aus Brüssel verteilt werden“, argumentierte die Landrätin für einen Beitritt zur Euregio Bayerwald-Böhmerwald-Unterer Inn, zu der auch große Gebiete in der Grenzregion Tschechiens gehören.

Ihren Sitz hat diese Euregio in Freyung, dort koordiniert Geschäftsführer Kaspar Sammer seit einigen Jahren erfolgreich alle Aktivitäten. Vom großen In-

Richtiger Zeitpunkt

„Der Zeitpunkt für die Auflösung der Inn-Salzach-Euregio war richtig“, betonte in seinem Statement Pfarrkirchens Bürgermeister Georg Riedl. Der oberbayerische Teil der Euregio habe „in die andere Richtung gezogen“. Riedl verwies darauf, dass der Landkreis Rottal-Inn in Bezug auf das Bruttoinlandsprodukt ganz unten an der Bayerenskala liege, der immer wie-

Interkommunale Zusammenarbeit wird hochaktuell

Regierung von Schwaben hatte die schwäbischen Bürgermeister eingeladen
Für Gemeinde-Allianzen und eine neue Planungskultur

Augsburg (jdt). Ein lebhaftes Echo aus dem ganzen Regierungsbezirk Schwaben hatte die Einladung der Regierung von Schwaben an die Bürgermeister der Städte, Märkte und Gemeinden zu einer Tagung über „Interkommunale Zusammenarbeit“ (Eine Antwort auf die demographische Entwicklung). Vor zahlreichen Repräsentanten der schwäbischen Kommunen im Tagungszentrum der IHK in Augsburg betonte Regierungspräsident Ludwig Schmid die besondere Bedeutung des Ausbaus von Kooperationen in allen Bereichen. Diese seien die Voraussetzung, um bei sich wandelnden Rahmenbedingungen die erreichten Standards aufrecht erhalten zu können.

Schmid warnte zu Beginn der Ganztagesveranstaltung: „Vor allem auf Grund der Bevölkerungsentwicklung ändern sich die Rahmenbedingungen für die Siedlungsentwicklung maßgeblich. Aktuelle Prognosen nennen einen Rückgang der Einwohner Deutschlands um 20 bis 28 Prozent bis zum Jahr 2050 und eine deutliche Schwerpunktverschiebung beim Altersaufbau nach oben.“ Einen wesentlichen Beitrag zur Antwort auf diese Herausforderungen, so der Regierungspräsident, könne ein zwischen den Gemeinden abgestimmtes gemeinsames Handeln leisten.

Anknüpfen an Expertenworkshop

In der richtunggebenden Einleitung der Tagung wies Ludwig Schmid darauf hin, dass mit dieser Veranstaltung angeknüpft werde an einen Expertenworkshop unter dem Motto „Kräfte bündeln / Innenstädte im Umland - kommunale Zusammenarbeit“, vor zwei Jahren im Umweltzentrum Lauingen. Diesmal sollten die damaligen Erkenntnisse vor allem unter dem Blickwinkel der Bevölkerungsentwicklung vertieft werden.

Vor dem Hintergrund der kommenden Situation müsse man sich, wie der Regierungspräsident darlegte, mit Themenbereichen befassen, die bei der gemeindli-

chen Zusammenarbeit eng miteinander verknüpft seien und in den kommenden Jahren zunehmend an Aktualität gewinnen würden: „Die Positionierung als Standort erfordert gemeinsam getragene Konzeptionen, um auch bei schrumpfenden Märkten und Ressourcen im gleichzeitig wachsenden Wettbewerb auch international konkurrenzfähig zu bleiben. Als Beispiele führte Ludwig Schmid die Angebote an Wohn- und Gewerbestandorten sowie die technischen und sozialen Infrastrukturen an. Sie müssten den geänderten Anforderungen angepasst und optimiert werden. Dabei würden nicht zuletzt kostensparende und ressourcenschonende Konzepte an Bedeutung gewinnen.“

„Aufmerksam gemacht wurde von Schmid auf den zur Einstimmung auf diese Tagung herausgegebenen „Infobrief 2“ (Planen und Bauen in Schwaben/Interkommunale Zusammenarbeit) der Regierung von Schwaben. Mit den Infobriefen greife die Regierung in loser Folge aktuelle Themen auf und versuche anhand ausgewählter Beispiele Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen. „Neue Herausforderungen erfordern neue Strategien, Gemeinde-Allianzen sind ein geeignetes Instrument, tragfähige Lösungen zu erreichen.“

Für die Vorträge am Vormittag hatte die Regierung von Schwaben zwei über die Fachwelt hinaus bekannte und angesehene Ex-

perten gewonnen. Professor Dr. Ing. Rainer Winkel, an der Technischen Universität Dresden tätig am Lehrstuhl für Landes- und Siedlungsplanung, sprach über die Auswirkungen der demographischen Entwicklung auf die Gemeinden und Handlungsmöglichkeiten. Gemeinden könnten künftig daran gehen, öffentliche Einrichtungen wie Schwimmbäder gemeinsam zu nutzen. Bisher den Senioren oder auch Kindern vorbehaltenen Freizeitanlagen sollten sich weiteren Bevölkerungsgruppen öffnen, Professor Dr. Karl Ganser, ein Urschwabe aus Breitenbach bei Krumbach, von Regierungspräsident Schmid vorgestellt als bekannter „Querdenker und Philosoph“, fand spezielle Aufmerksamkeit mit dem Thema „Interkommunale Zusammenarbeit, ein Weg zu nachhaltigem Planen und Handeln“. Ganser forderte bei der Zukunftsgestaltung in den Kommunen eine „Qualitätsvermehrung“ auch durch die Einbindung „fremder Sichtweisen“, eine Reduzierung des urgebreitsten Flächenverbrauchs und eine „neue Planungskultur“.

Fliegerhorst Memmingerberg

Am Nachmittag wurden beispielhafte Projekte aus schon verwirklichten Kooperationen in Schwaben vorgestellt. Dr. Hartmut Holl (Büro für Stadtplanung und Architektur Würzburg) befasste sich mit dem Problem „Konversion Fliegerhorst Memmingerberg“. Wie auch im „Infobrief 2“ der Regierung dargelegt, erstreckt sich der Militärflugplatz mit etwa 250 Hektar Fläche östlich der kreisfreien Stadt Memmingerberg auf das Gebiet von vier Gemeinden. Bis Ende 2003 soll die militärische Nutzung beendet sein. Schon 2001 haben sich drei der vier Standortgemeinden zu einem Zweckverband zusammengeschlossen: Memmingerberg mit 2580 Einwohnern, Bellingen mit 2121 und Hawangen mit 1250 Einwohnern. Als Hauptziel ist eine angemessene und aufeinander abgestimmte Nutzung für

stellvertretender Vorsitzender des Zweckverbandes Stauden-Wasserversorgung. Bei der Regionalentwicklung Stauden (RES) zählte Johannes Schreiegg 1997 zu den „Geburts Helfern“.

Überraschend im Frühjahr 2001 dann seine Ankündigung, bei den Kommunalwahlen 2002 nicht mehr für das Amt des Bürgermeisters anzutreten. Doch Johannes Schreiegg ließ sich von langjährigen Freunden und Weggefährten schließlich umstimmen. Im März 2002 warf er seinen Hut erneut in den kommunalpolitischen Ring. Ohne einen Gegenkandidaten sprachen ihm 88 Prozent der Walkertshofener ihr Vertrauen aus. Und auch an der Spitze der VG Stauden wurde Johannes Schreiegg eindrucksvoll bestätigt.

Betont schlicht und einfach, wie es sein letzter Wunsch war, verliefen das Requiem in der Walkertshofener Pfarrkirche und die Urnenbeisetzung auf dem örtlichen Friedhof. Pfarrer Stefan Gast skizzierte mit treffenden Worten das kurze Leben von Johannes Schreiegg und sein segensreiches Wirken für Kirche, Gemeinde und die Stauden. Eine schier unüberschaubare Trauergemeinde mit zahlreichen Bürgermeistern und Altbürgermeistern an der Spitze gab Johannes Schreiegg das letzte Geleit. **Walter Kleber**

das Areal vorgesehen. Erarbeitet wurden in einer Steuerungsgruppe verschiedene Planungsvarianten. Dazu gehört die Errichtung eines regionalen Verkehrsflughafens. Dagegen richtet sich erheblicher Widerstand in Memmingerberg (mit einem erfolgreichen Bürgerbegehren) und in Bellingen.

Über das „Gewerbegebietsmanagement der Städte Ulm und Neu-Ulm“ informierte der Geschäftsführer des Stadtentwicklungsverbandes, Günter Grimlinger, Neu-Ulm. Diese länderübergreifende Kooperation ist, wie ebenfalls ein „Infobrief 2“ veranschaulicht, bundesweit einzigartig. Sie stellt einen wesentlichen Beitrag zur Stärkung des gemeinsamen Wirtschaftsstandortes dar. Schon zum 1. Januar 2000 hatten sich Neu-Ulm und Ulm zu einem Stadtentwicklungsverband zusammengeschlossen. Hauptziele bilden Entwicklung und Vermarktung gemeinsamer Gewerbebestände, Werbung für den Wirtschaftsraum, Bestandspflege und Maßnahmen zur Wirtschaftsförderung. Von den beiden Städten wurden größere Gewerbeflächen mit insgesamt über 1000 Hektar in die Zuständigkeit des Verbandes übergeben. Zu den Vereinbarungen gehört ein Ausgleich bei den Gewerbesteuer-Einnahmen.

Besonderes Interesse richtete sich auf das Thema „Stadt-Umlandkonzept Westallgäu“. Mit diesem Themenkomplex befassten sich Erster Bürgermeister Johann Zeh, Lindenberg im Allgäu, Professor Dipl.-Ing. Fritz Auweck und Ines Niedziella (LARS consult, München/Augsburg). Hier wurde anschaulich verdeutlicht, wie ein „Zukunftsbild der Region“ aussehen sollte, bestehend aus Leitsatz und Leitzielen, die



Starkes Interesse fand die Einladung der Regierung von Schwaben an die Bürgermeister des Regierungsbezirkes zu einer informativen Tagung in Augsburg mit dem Thema „Interkommunale Zusammenarbeit“. Unser Bild zeigt (von rechts): Professor Dr. Karl Ganser, Bürgermeister Johann Zeh, Lindenberg, Regierungspräsident Ludwig Schmid, Professor Dr. Rainer Winkel, Bürgermeister Dr. Max Stumböck, Ustersbach, Bürgermeister Peter Schwaiger, Klosterlechfeld. Bild: Johannes Schmidt

von den regionalen Akteuren als Handlungs- und Orientierungsrahmen für die Zukunftsentwicklung des Raumes im Botton-Ansatz erarbeitet wurden.

Impuls Westallgäu 10+

Als Leitsatz für die zukünftige Entwicklung der Region wurde ausgegeben: „Impuls Westallgäu 10+ = wir handeln über Grenzen“. Zur Grundaussrichtung gehören: „Startimpulse setzen in verschiedenen Handlungsfeldern, vorhandene Keimzellen von Bürger-Engagement nutzen und vernetzen; Einbringen auf Gesamtgäubebene, Vernetzung mit Baden-Württemberg, Zusammenarbeit mit Vorarlberg und dem Bregenzerwald ausbauen, grenzüber-

schreitende Projekte entwickeln.“

Entworfen wurden insgesamt 20 Leitzielen. In den Mittelpunkt rücken unter anderem: Stärkung der Lebensqualität der Stadt und Stärkung in der Region, Anhebung der Wirtschaftskraft und der Dienstleistungsbereitschaft, Natur und Landschaft, Stadtstruktur, Kultur, Bildung und Soziales, Tourismus, unter dem Motto „Obenauf und mittendrin“. Schon seit 1995 betrieben wird eine zunehmende Verwaltungszusammenarbeit von Lindenberg, und Heimenkirch, Kooperationen mit anderen Kommunen werden praktiziert u. a. beim ÖPNV, im Schulzweckverband, bei Freizeit-Einrichtungen, in Gas-, Wasser- und Abwasserversorgung und bei Abfallbeseitigung. 

Zum Tod von Johannes Schreiegg

Walkertshofen (Landkreis Augsburg). Nach kurzer, schwerer Krankheit ist Johannes Schreiegg am 14. Oktober 2003 im Kreise seiner Familie gestorben. Der Bürgermeister der Staudengemeinde Walkertshofen (Landkreis Augsburg) wurde nur 53 Jahre alt.

Trauer, Bestürzung und Betroffenheit lähmten angesichts der Todesnachricht nicht nur die Bürgerinnen und Bürger von Walkertshofen. Weit über die Ortsgrenzen hinaus war Schreiegg als Herold und Sachwalter der gesamten Staudenregion beliebt und geschätzt. In zahlreichen Funktionen und Ämtern setzte er sich mit Sachverstand, Hartnäckigkeit und Humor für „seine“ Stauden ein, die ihm Zeit seines kurzen Lebens Heimat und Lebensmittelpunkt bedeuteten.

Johannes Schreiegg wuchs als jüngstes Kind in der elterlichen Landwirtschaft in Ruhfelden, einem Ortsteil von Aichen (Landkreis Günzburg), im Kreis von vier Geschwistern auf. Er studierte in München Betriebswirtschaft und war anschließend bei mehreren großen Handels- und Industrieunternehmen in leitenden Positionen tätig, zuletzt bis 1995 als Finanzprokurist bei der Firma KUKA in Augsburg.

1981 schloss er mit seiner Frau Hermine den Bund fürs Leben. Das Familienglück im neu gebauten Eigenheim in Walkertshofen komplettierten nach und nach die Kinder Maximilian, Matthias und Cornelia.

Bei den Kommunalwahlen im Jahre 1990 wurde Johannes



Johannes Schreiegg †.

stuhl. Rund zwei Drittel der Walkertshofener schenkten dem Herausforderer im März 1996 ihr Vertrauen, Johannes Schreiegg zog ins Rathaus ein. Gleichzeitig übernahm er den Vorsitz in der Verwaltungsgemeinschaft (VG) Stauden mit ihren insgesamt fünf Mitgliedsgemeinden. Darüber hinaus fungierte Johannes Schreiegg bis zu seinem Tod als Vorsitzender des Verkehrsvereins Stauden und als

Bezirksversammlung KPV Oberpfalz:

CSU-Politiker fordern Sofortprogramm

Landrat Mirbeth löst Bürgermeister Macho als Vorsitzenden ab

Bei der Bezirksversammlung der Kommunalpolitischen Vereinigung der Oberpfälzer CSU wählten die Delegierten auf Vorschlag des bisherigen Bezirksvorsitzenden, Bürgermeister Reinhold Macho aus Furth im Wald, den Regensburger Landrat Herbert Mirbeth zum neuen Vorsitzenden. Macho hatte nach mehr als zwanzigjähriger Tätigkeit in dieser Position nicht mehr kandidiert. Stellvertretende Bezirksvorsitzende wurden Regensburgs Zweiter Bürgermeister Gerhard Weber, der Erste Bürgermeister der Gemeinde Deining/Landkreis Neumarkt, Alois Scherer, sowie Kreisrat Albert Kick aus Georgenberg.

Für den Landesvorstand und den Hauptausschuss der Landes-KPV empfahlen die Delegierten Bürgermeister Gerhard Weber, Regensburg, Bürgermeister Franz Graf, Bergau, Stadtrat Franz Schlegl, Regensburg, Bürgermeister Bernhard Kraus, Velburg und Bürgermeister Reinhold Macho, Furth im Wald.

Reinhold Macho ließ die bislang geleistete Arbeit Revue passieren. „Wo die CSU geschlossen auftritt, kann sie überall Wahlen gewinnen“, sagte er mit Blick auf die jüngsten Kommunalwahlen. Besorgniserregend sei jedoch die geringe Wahlbeteiligung. Dennoch müssten alle kommunalen Mandatsträger mit der desolaten Haushaltslage fertig werden. Dieses Thema werde die nächsten Jahre ein „Dauerbrenner bleiben“. 1600 Bürgermeister aus der gesamten Bundesrepublik hätten in Berlin gegen den Missstand demonstriert, die Bundesregierung habe keinen Vertreter geschickt. Macho wertete dies als einen Beleg dafür, welche Bedeutung den kommunalen Ebenen in Berlin eingeräumt wird.

Aufgrund der dramatischen Finanzlage der Städte und Gemeinden verlangte die Oberpfälzer KPV ein Sofortprogramm und forderte Bundestag und

Bundesrat auf, sich im Interesse der Kommunen auf eine drastische Reduzierung der Gewerbesteuerumlage und eine deutliche Erhöhung der Umsatzsteuerbeteiligung zu einigen.

Landrat Herbert Mirbeth und Bürgermeister Reinhold Macho schilderten die Situation der Städte und Gemeinden, die sich in ihrer bisher schwersten Finanzkrise befinden. Maßgeblich verantwortlich dafür sei die schlechte wirtschaftliche Lage in Deutschland und die damit verbundenen Gewerbesteuereinkünfte, sowie der wachsende Zugriff von Bund und Ländern auf das Gewerbesteueraufkommen, der in der derzeitigen Größenordnung nicht mehr hingenommen werden könne. Mit verantwortlich für die katastrophale Finanzlage sei schließlich auch die andauernde Verlagerung von Aufgaben an die Kommunen ohne den entsprechenden finanziellen Ausgleich. Reinhold Macho verwies darauf, dass man zwar in Bayern das Konnexitätsprinzip eingeführt habe, jedoch sei unklar, wie sich die geplante Straffung der Staatsverwaltung und die damit verbundene Verlagerung von Aufgaben auf die Landratsämter auf die Kommunalfinanzen auswirken werde. Oberbürgermeister Hans Schai-

dingler stellte die Situation Regensburgs dar. 45 Millionen Euro betrage das Defizit in der Stadtkasse. Insgesamt fehlten den Kommunen in Deutschland sieben Milliarden Euro, bzw. zehn Milliarden Euro, um auch die neuen Aufgaben der Kommunen finanzieren zu können.



V.l. Alois Scherer, Bürgermeister Deining, Landkreis Neumarkt, Stellvertretender Vorsitzender, Reinhold Macho, bisheriger Vorsitzender, Bürgermeister Furth im Wald, Herbert Mirbeth, neuer Vorsitzender, Landrat Regensburg, Gerhard Weber, stellvertretender Vorsitzender, 2. Bürgermeister Regensburg, Albert Kick, stellvertretender Vorsitzender, Kreisrat Landkreis Neustadt/Waldnaab.

Hopfenland Hallertau:

Vermarktung auf neuer Grundlage

Seit 1993 wird im Rahmen der „Arbeitsgemeinschaft Hopfenland Hallertau“ daran gearbeitet, die touristische Entwicklung dieser urbayerischen Landschaft voranzubringen - landkreisübergreifend, denn weder Rad- und Wanderwege noch das Interesse von Tages- und sonstigen Touristen enden an Landkreisgrenzen. Mit dem neuen Konzept, das im Schloss Ratzenhofen bei Mainburg vorgestellt wurde, soll nun unter Federführung des Tourismusverbandes (TV) Kelheim durch gebündelte und gezielte Werbung sowohl die regionale als auch die überregionale touristische Vermarktung der Hallertau auf eine neue Grundlage gestellt werden.

Peter Dümpelmann, Geschäftsführer des TV Kelheim, und seine Kollegin Stephanie Berger stellten den Repräsentanten der vier Landkreise - dem gastgebenden Landrat Dr. Hubert Faltermeier (Kelheim), seinen Kollegen Rudolf Engelhard (Pfaffenhofen) und Manfred Pointner (Freising) sowie dem stellvertretenden Landshuter Landrat Johann Leipold - Vorhaben und Visionen vor. Sie erinnerten daran, dass jüngst eine neue Imagebroschüre für die Hallertau herausgegeben und im Frühjahr ein neuer Radwanderweg durchs Tal der Großen Laaber eröffnet worden ist.

In den vergangenen zehn Jahren habe sich die Hallertau „recht gut positioniert“, stellte Dümpelmann fest. Das Radfahren sei in der Region durch gut konzipierte Ausschilderung und durch das Kartenwerk „Hallertauer Radlspaß“ absolut konkurrenzfähig, die Zahl der Radtouristen nehme ständig zu. Ebenso sei die Zunahme des Bettenangebots mit einer Steigerung der Übernachtungszahlen einhergegangen, wie Dümpelmann anhand von einschlägigen Statistiken darlegte.

Der Bedarf nach Urlaub auf dem Bauernhof sei geweckt worden, das Unterkunftsangebot stetig gestiegen und werde derzeit im Landkreis Kelheim sowie im Nordwesten des Landkreises Landshut touristisch klassifiziert. Und die Zusammenarbeit

Ein Sofortprogramm der Staatsregierung bringe für die Donaustadt hingegen nur vier Millionen Euro ein, die nach der Steuerreform „sofort wieder weg sind“.

Im Jahr 2004 werde wohl auch Regensburg nicht mehr in der Lage sein, einen verfassungsmäßigen Haushalt aufzustellen, betonte Schaidinger. Konsequente und schnelle Entscheidungen auf Landes- und Bundesebene seien nötig, um die Finanzlage der Kommunen zu verbessern. Ständige Umlagerungen und weiteres Hinauszögern dringender Entschlüsse gefährdeten akut die politische Arbeit, mit unmittelbaren Auswirkungen auf das Leben der Bürger. **DK**

Bayerischer Städtetag/Bezirksversammlung Mittelfranken:

Aktionskampagne angekündigt

Gunzenhausen (wefa) - Mit einer Aktionskampagne „Reformen statt Kahlschlag“ wollen die Städte und Gemeinden auf die dramatische Finanzsituation der Kommunen bundesweit am 7. November aufmerksam machen. Landshuts Oberbürgermeister Josef Deimer, Präsident des Bayerischen Städtetags, kündigte auf der mittelfränkischen Bezirkstagung in Gunzenhausen an: „Wir ziehen an den Rathäusern die Protestflaggen hoch.“

Möglicherweise führt der Protest an diesem Tag auch zu Störungen des öffentlichen Lebens, wengleich beispielsweise Kindergärten und der Öffentliche Personennahverkehr von Protestmaßnahmen ausgenommen sind.

Wie Deimer vor mittelfränkischen Bürgermeistern betonte, droht das ehrenamtliche Engagement der Bürger verloren zu gehen, weil Zuschüsse an Vereine, soziale und kulturelle Gruppen rigoros gestrichen werden müssen. Abhilfe kann nach Meinung von Gunzenhausens Bürgermeister Gerhard Trautner (er ist Bezirksvorsitzender und vertritt die kreisangehörigen Gemeinden im Städtetag, der Schwabacher OB Hartwig Reimann vertritt die kreisfreien Städte) nur durch eine Soforthilfe kommen. Und die soll in der Senkung der Gewerbesteuerumlage bestehen. Zudem soll der Anteil der Gemeinden an der Umsatzsteuer von 2,2 auf 3,6 Prozent angehoben werden.

Stoibersche Kehrtwende

Dass der Verband seine Interessen nachdrücklich auch gegen die von der CSU gestellten Staatsregierung vertritt, macht die Position des Städtetags in Sachen Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe deutlich. Die Gemeinden erhoffen sich eine Entlastung in Milliardenhöhe. Voraussetzung ist allerdings, so Josef Deimer, dass das Arbeitslosengeld II von der Arbeitsverwaltung übernommen wird und den Gemeinden die dadurch möglichen Einsparungen belassen werden. Die Städte liefern aber jetzt Gefahr, künftig für alle Langzeitarbeitslosen zuständig zu werden, weil die Bundesratsmehrheit sich mit den Stimmen Bayerns dafür ausgesprochen hat, die zusammengeführte Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe bei den Kommunen anzusiedeln. Deimer erbot: „Das ist eine Kehrtwende von Stoiber.“ Der Ministerpräsident habe noch im August für die Bun-

ball-Weltmeisterschaft 2006 -, die Vermarktung von Gerichten in der „Trilogie Spargel-, Hopfen- und Wildwochen“, die Neugestaltung der Werbematerialien und die Etablierung von Hopfen-spargel als Delikatesse in möglichst vielen Gastronomiebetrieben als Imageträger für das Hopfenland Hallertau seien Nahziele der landkreisübergreifenden Arbeit, in die nun insbesondere auch die Hotel- und Gaststättenverbände miteingebunden werden sollen.

Die Landräte und weitere Vertreter der vier Landkreise Kelheim, Pfaffenhofen, Freising und Landshut, die die Werbemaßnahmen nach dem Finanzierungsschlüssel 35/35/20/10 Prozent tragen, waren sich einig, dass die Werbung für die Hallertau auch andere Glanzlichter hervorheben soll: Wer in die Hallertau fährt und hier Quartier nimmt, zum Beispiel Ferien auf dem Bauernhof macht, dem sollen auch Fahrten zum Donaudurchbruch, in die gotische Stadt Landshut oder zum Kloster Scheyern schmackhaft gemacht werden. Es gehe um die Gesamtattractivität dieses Raums „südlich der Donau und nördlich von München“ und der beteiligten Landkreise für Naherholung und Tourismus. **DK**

Gemeindezeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:

Landrat Luitpold Braun

Ehrenherausgeber:

Beda Bohinger

Otto Ammon

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner

Telefon 08171 / 9307-13

Ständige Mitarbeiter:

Peter Müller

Jens Korn (KPV)

Lutz Roßmann (Landtag)

Brigitte Scherle (Wirtschaft und Messen)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Wilfried Gehr (Specials zu Wirtschaftsthemen)

Klaus Kamhuber

Franz Och

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Viktoria Bertele (verantwortlich),

Telefon 08171 / 9307-11

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 37 vom 01.01.2003

Anzeigenschlußtermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugspreis Inland:

€76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) €27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11, -12, -13

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Bayer. Landesbank München

Konto 1159164, BLZ 700 500 00

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerin:

Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:

Fränkischer Tag GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.



KPV Nürnberger Land im Bezirksvorstand gut vertreten

Roth - Bei den Neuwahlen des Bezirksvorstandes der Kommunalpolitischen Vereinigung der CSU in Mittelfranken wurden Vertreter aus dem Nürnberger Land in den Vorstand gewählt. Zu Beginn der Veranstaltung betonte KPV-Bezirksvorsitzender Peter Grimm, dass die Kommunalpolitische Vereinigung in der CSU ihren Einfluss für das Wohl der Kommunen auch weiterhin einsetzen werde. Für ihre kommende Amtsperiode sprachen sich Grimm und dessen Stellvertreter Werner Kundörfer für eine verstärkte Zusammenarbeit mit der CSU-Bezirksstagsfraktion aus. Als wichtigen Punkt stellte letzterer die Pressearbeit heraus, da durch diese die gute Arbeit der KPV den Bürgern vermittelt werde.

Bei der darauffolgenden Neuwahl des Bezirksvorstandes wurde Peter Grimm in seinem Amt als Bezirksvorsitzender bestätigt. Zu seinem Stellvertreter wurde wieder Kreisrat Werner Kundörfer aus Feucht gewählt, dem Grimm für sein Engagement und seinen Einsatz für die KPV dankte. Weitere Stellvertreter sind Brigitte Heggendorfer aus Markt Erlbach und Albrecht Böhnert aus Erlangen. In den KPV-Hauptausschuss nach München wurden Uwe Güntner aus Feucht, Christa Begert, Velden, und Andreas Galster, Baiersdorf, gewählt.

Auf dem Bild sind von links zu sehen: Stellvertretender Bezirksvorsitzender Kreisrat Werner Kundörfer, Feucht, Hauptausschussmitglied Stadträtin Cornelia Winter, Röhrenbach, Bezirksvorsitzender 2. Bürgermeister Peter Grimm, Roth, Hauptausschussmitglied Marktgemeinderat Uwe Güntner, Feucht, Stellvertretender Bezirksvorsitzender Stadtrat Albert Böhnert, Erlangen. kw

Kommunalpolitische Vereinigung Schwaben:

Konstituierende Sitzung des Bezirksvorstandes

Der Bezirksvorstand der Kommunalpolitischen Vereinigung Schwaben hat in seiner jüngsten konstituierenden Sitzung im Landratsamt Neu-Ulm weitere Mitglieder für die Vorstandsarbeit bestimmt. Die Mitglieder des Bezirksvorstandes stimmten der Ko-optation von Georg Winter, MdL; Bezirksrat Herbert Pressl; Franz Ihle, MdL a.D.; Bürgermeister Roland Bürzle; German Weh, Bürgermeister a.D., und Ernst-Peter Keller, Schriftführer, in den Vorstand der KPV Schwaben zu. Die KPV Schwaben vertritt über 2000 CSU-Kommunalpolitiker aus ganz Schwaben. Landrat Erich Josef Geßner führt die KPV seit 1986. Seine Stellvertreter sind Bürgermeister Dr. Georg Barfuß aus Lauingen, der Oberallgäuer Landrat Gebhard Kaiser und Bürgermeister Hans Merk aus Wehringen.

Für den Hauptausschuss wurden Kreisrat Gerhard Bucher, Kaufbeuren, und für den Landesvorstand Bürgermeister Rudi Janisch, Heimenkirch, vorgeschlagen.

In der Auswertung der Landtags- und Bezirkstagswahlergebnisse bezeichnete Bezirksvorsitzender Landrat Erich Josef Geßner das Ergebnis für die Landtags- und Bezirkstagswahlen als sehr gut, vor allem aus der Sicht von Schwaben, das eine starke Position für die Zukunft erreicht habe. Im Landkreis Neu-Ulm sei das Ergebnis im Trend ebenfalls erreicht worden, wenngleich die Wahlbeteiligung sehr gering gewesen sei, bedauerte er.

Zum Thema Kommunalfinanzien wies Geßner darauf hin, dass die Mitglieder der Kommunalpolitischen Vereinigung Schwabens sich bei der Bezirksversammlung am 5. Mai 2003 in Vöhringen in einer Resolution einstimmig für den Vorschlag der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände für eine modernisierte Gewerbesteuer ausgesprochen hatten. Durch Verbreiterung des Kreises der Steuerpflichtigen sowie durch die Erweiterung der Bemessungsgrundlage der Gewerbesteuer um stabilisierende Elemente wie zum Beispiel die Zurechnung aller Zinsen oder des Finanzierungsanteils aller Mieten, Pachten und Leasingraten zum Gewerbeertrag könne die Gewerbesteuerbelastung auf mehr Schultern verteilt werden.

Das wesentliche Reformziel werde mit dem Kabinettsbeschluss von Rot-Grün nicht erreicht, wurde auf der KPV-Sitzung kritisiert. Ähnlich verhalte es sich bei den Vorschlägen zur Zusammenlegung von Arbeitslosengeld II und der Sozialhilfe.

Hier seien bereits bei den kommunalen Spitzenverbänden von Landkreistag und Städtetag gegensätzliche Positionen auszumachen, wurde bedauert. Mit einer aufgeteilten Meinung der kommunalen Ebene sei aber weder auf Landes- noch auf Bundesebene eine Änderung zu erreichen.

In seinem Bericht aus dem Bezirkstag informierte Bezirksrat Herbert Pressl, dass beim Bezirk Schwaben eine Arbeitsgruppe von Bezirksräten zusammen mit der Verwaltung an entsprechenden Einsparmöglichkeiten gearbeitet habe. Die Vorschläge müssten nun im neuen Bezirkstag beraten und beschlossen werden. Es habe sich dabei herausgestellt, dass eine Kürzung von Leistungen um circa zehn Prozent ein Einsparvolumen von etwa einer Million Euro bringe.

Dies sei auch notwendig, da im Haushalt 2003 eine Deckungslücke von rund 10,3 Millionen bestehe, die wohl auf das Haushaltsjahr 2004 vorgetragen werde. Nach einer Hochrechnung würden wohl für das kommende Haushaltsjahr 25,3 Millionen Euro

fehlen, die dann ebenfalls den Folgehaushalt belasten. Insgesamt mache der Fehlbetrag drei Prozentpunkte der Bezirksamlage aus. Abhilfe könne nur durch eine deutliche Reduzierung der Standards erfolgen; zudem müssten bayernweit Leistungskataloge für die Träger der Wohlfahrtspflege erstellt werden und neue Vereinbarungen abgeschlossen werden.

Einig waren sich die Mitglieder des Bezirksvorstandes, dass eine Bezirksamlage mit knapp unter 25 Prozent die absolute Obergrenze darstelle. Fakt sei, dass die Ausgaben bei den Bezirken in den letzten Jahren über 95 Prozent gestiegen seien, wogegen die Einnahmen mit einer Steigerung von 45 Prozent klar zurück geblieben seien. „Eine deutliche Verbesserung der Finanzen der Gebietskörperschaften ist nur noch über eine Erhöhung des Artikels 15 des Finanzausgleichsgesetzes, in dem der Ausgleich der Sozialausgaben für die Bezirke durch den Freistaat geregelt wird, sowie durch eine Abweichung von der Linie einer Rückführung der Nettoneuverschuldung des Freistaats bis 2006 zu erreichen“, hob Bezirksvorsitzender Landrat Erich Josef Geßner hervor. Nun müsse der Bayerische Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber beim Wort genommen werden, der angekündigt habe, 2004 die bayerischen Kommunen mit einem Hilfspaket zu unterstützen, sofern auf Bundesebene die Gemeindefinanzreform nicht gelinge. z

Bayerische Regierungspräsidenten fordern:

Längere Arbeitszeiten für Beamte!

Die sieben bayerischen Regierungspräsidenten unterstützen die Pläne der Staatsregierung, die Wochenarbeitszeit von Beamten von 40 auf 42 Stunden zu verlängern. Im Zuge weiterer Einsparungen gerieten die Bezirksregierungen sonst an den Rand ihrer Möglichkeiten, betonte Oberfrankens Regierungspräsident Hans Angerer im Rahmen

einer Arbeitstagung in Bayreuth. Angerer rechnet mit einer baldigen Umsetzung, obwohl den Regierungen bislang noch kein Beschluss vorliegt. Die Regierungen seien weiter gehalten, Personal einzusparen, was dazu führen werde, dass frei werdende Stellen vielfach nicht mehr besetzt werden können, folgerte Angerer. Ein drängendes Problem sei auch die immer häufiger in Anspruch genommene Alterszeit, die bei Beamten zwar sehr willkommen sei, aber personell für immer größere Schwierigkeiten sorgte, weil Aufgaben möglicherweise nicht mehr erledigt werden könnten.

In Zukunft, so prognostizierte der Präsident mit Blick auf die Haushaltssperre, seien die Regierungen ohnehin nur noch in der Lage, Ausgaben zu tätigen, die auch tatsächlich unumgänglich seien. Auswirkungen seien z.B. u.a. bei Dienstreisen zu erwarten. Dennoch könne die Innere Verwaltung eine Art Motor für die Reform sein, die die Bayerische Staatsregierung auf den Weg bringen will.

Bevor jedoch Einsparungen getätigt würden, gelte es, die Aufgaben etwa von Sonderbehörden exakt zu prüfen; hier kann sich Angerer durchaus auch Privatisierungen oder den kompletten Wegfall bestimmter Standards vorstellen. Weil die Regierungen ein genaues Abbild der Ressorts der Staatsregierung darstellen, könnten auch Abteilungen der Regierungen neu zugeordnet werden. Zwar sei eine Entscheidung darüber noch nicht getroffen worden, doch waren sich die sieben Regierungspräsidenten einig, dass eine landeseinheitliche Gestaltung angestrebt werden müsse. DK

Neuwahlen bei den Bezirkstagen

Drei Neulinge und vier „Altgediente“ stehen in Zukunft an der Spitze der sieben bayerischen Bezirke. Die Bezirkstage von Oberbayern, Schwaben sowie Mittel-, Unter- und Oberfranken wählten aus ihrer Mitte jeweils einen ehrenamtlichen Präsidenten für eine Amtsdauer von fünf Jahren. Alle sieben Bezirkstagspräsidenten gehören der CSU an.

In Augsburg wurde Jürgen Reichert zum neuen Präsidenten des Bezirkstages von Schwaben gewählt. Der 51-jährige Bobinger folgt auf Dr. Georg Sinnacher, der dieses Amt 29 Jahre lang innehatte. Reichert ist nach Albert Kaifer, Josef Fischer und Georg Sinnacher erst der vierte Bezirkstagspräsident in Schwaben seit Wiedergründung der Bezirke nach dem Krieg. Reichert wurde mit 24 von 26 Stimmen in das Ehrenamt gewählt.

Der neue Präsident des Bezirkstages von Mittelfranken heißt Richard Bartsch. Der CSU-Politiker aus Roßtal wurde im Ansbacher Bezirksrathaus mit 17 von 25 Stimmen ins Amt gewählt. Der 44-Jährige ist hauptberuflich Altenhilfeplaner bei der Stadt Nürnberg und gehört dem Bezirkstag seit 1986 an.

Der Bamberger Landrat Dr. Günther Denzler ist neuer Bezirkstagspräsident in Oberfranken. Er tritt damit die Nachfolge von Edgar Sitzmann an, der dieses Amt über 21 Jahre innehatte und bei der Bezirkstagswahl am 21. September 2003 nicht mehr kandidiert hatte. In der geheimen Abstimmung konnte Denzler von insgesamt 17 abgegebenen Stimmen 11 auf sich vereinen.

Bezirkstagspräsident in Oberbayern bleibt Franz Jungwirth. Der Bezirkstagspräsident von Unterfranken, Albrecht Graf von Ingelheim, wurde ebenfalls in seinem Amt bestätigt. In Niederbayern wiederum wurden Manfred Hölzlein und in der Oberpfalz Rupert Schmid wiedergewählt. DK

GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...

„Wenn du nicht mehr weiter weißt, so bilde einen Arbeitskreis.“ Mein Chef, der Bürgermeister, zitierte gerne diese Weisheit, die er Franz Josef Strauß zuschrieb, dem man ja wie Konrad Adenauer und Goethe so ziemlich jedes plakatative Zitat unterschieben kann.

In Wahrheit dürfte diese Erkenntnis aber zum Standard verantwortlich Handelnder gehören, seit im antiken Griechenland das Politische erfunden wurde. Und wer weiß, vielleicht gab es schon im Zweistromland und Ägypten am Anfang jeder Zivilisation Probleme, die die Gottkönige gerne einem Rat der Weisen übergeben, um das Zeug vom Tisch und bei Bedarf einen Schuldigen fürs Scheitern zu haben. Auch mein Chef bedient sich bei ausgewählten Problemen dieser Form der staatsmännischen Hintertür, etwa als er Hajo Klein mit dem Himmel-



ten, einer der Beschlüsse wieder eingesammelt werden muss.

Aus meiner Sicht ist das Zurücktreten der Politik in die zweite Reihe hinter Kommissionen eine bedenkliche Entwicklung. Ich will hier gar keine demokratiethoretischen Überlegungen anstellen. Auch kenne ich den Stadtrat und seine Arbeitsweise zu gut, um an die überwältigende Kompetenz von parlamentarischen Gremien zu glauben. Aber eines haben Politiker sämtlichen Professoren, Experten, Vorstandsmitgliedern und Staatsmännern der Luxusklasse voraus: Sie wissen, was die Leute denken und müssen ihnen regelmäßig Rechenschaft ablegen.

Wenn bei Entscheidungen das Ohr näher bei den Leuten und nicht ganz so nah an theoretischen Berechnungen wäre, hätte es vielleicht auffallen können, dass die meisten Rentnerinnen in Westdeutschland mit deutlich weniger auskommen müssen als der vielbeschworenen Durchschnittsrente, die vor allem von Männern und den längeren Arbeitsbiographien im Osten bestimmt ist. Den westdeutschen Rentnerinnen tut eine Nullrunde und der zusätzliche Pflegebeitrag weh. Und das ist ein Thema für die Kommunalpolitik, denn diese Frauen kommen auf die Sozialämter und suchen nach der Grundsicherung an oder weinen sich halt bei denen aus, die sie kennen: Beim Bürgermeister, bei den Stadträten, beim örtlichen Abgeordneten. Oder meinen Sie, Prof. Rürup lädt mal zum Seniorenkaffee ins Alten- und Servicezentrum?

Also der Bürgermeister wird es weiter so halten, dass er da, wo es anzupacken gilt, selbst handelt und entscheidet und Arbeitsgruppen, Runde Tische und Kommissionen nur dann einsetzt, wenn er eine Frage per politischer Euthanasie lösen will. Dazu lege ich meinem Chef ein Kalenderblatt mit dem Satz des französischen Staatsmanns Michel Debré hin: „Die Einsetzung einer Kommission ist meist das unausgesprochene Eingeständnis, dass ein Problem nicht zu lösen ist.“

Kommissionitis im Endstadium

fahrtskommando betraute, eine neue Struktur für die Feuerwehren der Stadt und ihrer Ortsteile zu erarbeiten.

Allerdings hat man den Eindruck, dass in der „großen“ Politik zur Zeit alle von einer Kommissionitis im Endstadium erfasst sind. Der Charme der Runden Tische, mit denen in der Agonie der DDR zottelige Bürgerrechtler und mausgraue Altfunktionäre den unerfahrenen Laienpolitikern das Entscheiden abnahmen, hat offenbar tiefe Spuren im Denken derer hinterlassen, die uns eigentlich regieren sollten. Kann denn noch einer alle Kommissionen vollständig aufzählen? Hartz, Rürup, Herzog, Weizsäcker, Süßmuth - welcher namhafte Professor oder emeritierte Politiker hat denn noch keine eigene Kommission geleitet? Und viele Leute im so genannten einfachen Volk reagieren geradezu panisch auf das Wort Kommission, da dort meistens Richtiges weltfremd daherkommt. So kann es geschehen, dass der Bundestag an einem Freitag ein paar Beschlüsse zur Umsetzung eines Kommissions-Ergebnisses fasst und am darauf folgenden Sonntag, wenn richtige Politiker mit richtigen Verwaltungsvorlagen arbei-

the
fabriul



Landkreis Augsburg:

Info-Fahrt der Altbürgermeister

Landkreis Augsburg/Rain a. Lech - Bestens organisiert von Günter Würmseher, dem Geschäftsführer des Gemeindetags-Kreisverbandes Augsburg, (im Bild 3. v. r.) war wieder die Info-Fahrt der 40 Altbürgermeister und einigen Gästen. Ziel war die Tilly-Stadt Rain am Lech. Auf dem Programm stand die Besichtigung der Zuckerfabrik, des Gartenbau-Centers-Dehner und ein Empfang durch Bürgermeister Gerhard Martin im Rathaus. Der Verbandsvorsitzende des Gemeindetags, Georg Klaußner (6. v. r.), sieht in diesen jährlichen Infofahrten nicht nur ein Dankeschön an „seine Altbürgermeister“, sie geben ihnen auch die Möglichkeit des Wiedersehens und Gedankenaustausches.

Die Zuckerfabrik Rain zählt zu den bedeutendsten Standorten, 13 gibt es in der BRD. Mit den Werksvertretern Hubert Kammerer und Matthias Eisenbacher konnten die Altbürgermeister bei der Werksführung die Herstellung des Zuckers von der Rübe bis zum fertigen Produkt „hautnah“ verfolgen. Im Werk Rain werden auch bei der diesjährigen Kampagne pro Tag 12.000 Tonnen Rüben verarbeitet und in zehn Stunden 1700 Tonnen Zucker produziert, war zu hören. Eine beträchtliche Menge Rüben kommt auch aus dem Landkreis Augsburg und dem Raum Wertingen, hieß es weiter. Am Aktienkapital der Südzucker AG sind 3200 Rübenbauern mit 55 Prozent beteiligt. Sie stammen aus Schwaben, Oberbayern und Teilen von Württemberg. Bürgermeister Gerhard Martin informierte beim Empfang im Rathaus die Besuchergruppe über die wechselvolle Geschichte der rund 750 Jahre alten Lechstadt, die durch den Feldherrn Tilly im 30-jährigen Krieg und den kriegerischen Auseinandersetzungen der bayerischen Herzöge und Könige geprägt ist. Die Tilly-Stadt Rain, so Bürgermeister Martin weiter, habe sich zu einer leistungsstarken Kommune mit den Großbetrieben Südzucker und Garten-Center Dehner entwickelt.

Im Garten-Center Dehner staunten die Altbürgermeister über das Logistikzentrum mit rund 150000 Quadratmeter Lagerfläche. 80 hauseigene LKWs und viele internationale Dienstleister verteilen jährlich die Waren an die 89 Filialen in Deutschland und Österreich. Beendet wurde die Info-Tour mit dem Besuch im Blumen-Cafe-Restaurant. Text und Bild: gri

Kometenhafter Aufstieg ins Justizministerium

Neu-Ulms bisherige Oberbürgermeisterin bleibt in der Kommunalpolitik aktiv

Als Beate Merk, damals, 1984, die zweite Juristische Staatsprüfung ablegte, dürfte sie mit einer gehörigen Portion Respekt den Justizpalast in München betreten haben. Knapp 20 Jahre später hat sie das Gebäude nun wieder - wenn auch in anderer Funktion - aufgesucht. Als frischgebackene bayerische Justizministerin ist Dr. Beate Merk nach Dr. Mathilde Berghofer-Weichner die zweite Frau in diesem Amt.

Acht Jahre lang fungierte die neue Staatsministerin erfolgreich als Oberbürgermeisterin von Neu-Ulm. Noch vor kurzem hatte sie das umkämpfte Projekt „Neu-Ulm 21“, die Tieferlegung des Bahnhofs, angeschoben. Bei aller Freude über die Berufung zur Ministerin werde sie der Großen Kreisstadt weiter innig verbunden bleiben, betont die 46-Jährige. Ihr Lebensmittelpunkt bleibe

ohnehin Neu-Ulm. Bis zur Neuwahl am 11. Januar wird Gerold Noerenberg (CSU) die Geschäfte führen.

In der kurzen Zeit ihrer neuen Tätigkeit hat Frau Merk bereits eine „unheimliche Motivation“ der Mitarbeiter gespürt und den Wunsch, etwas voranzubringen. Das Haus habe einen extrem guten Ruf und sei hervorragend aufgestellt: „Ich bin ein kollegialer und emotio-

naler Mensch und freue mich riesig auf die künftigen Aufgaben.“

Die erst im Juli zur stellvertretenden Parteivorsitzenden aufgerückte Politikerin betonte in ihrer ersten Rede als bayerische Justizministerin bei einem politischen Frühschoppen der CSU in Augsburg, dass es um die Innere Sicherheit in Bayern gut bestellt sei. Doch gebe es Lücken beim strafrechtlichen Schutz der Bevölkerung, die auf Bundesebene gelöst werden müssen. Merk sprach auch an, dass nach dem Mord an Vanessa aus Gersthofen der bei der Tat 19-jährige Mörder die Höchststrafe von zehn Jahren erhielt, weil er nach Jugendstrafrecht verurteilt wurde. Wer über 18 ist, solle aber in der Regel nach Erwachsenenstrafrecht verurteilt werden.

Dass es nicht ganz einfach ist, zur Ministerin berufen zu werden, ohne der Landtagsfraktion anzugehören, weiß Beate Merk nur zu gut. Doch die als selbstbewusst und zielstrebig geltende Ministerin will auch diese Situation meistern -

„mit offenen Augen und viel Einsatz“. Ihr Lebensmotto laute nun einmal, Herausforderungen anzunehmen.

Auch ihr neues Mandat im schwäbischen Bezirkstag hat die „leidenschaftliche Kommunalpolitikerin“ angenommen. Zudem stattete sie bereits einen Tag nach ihrer Ernennung



Dr. Beate Merk.

Landrat Erich Josef Geßner einen Besuch ab und trug sich dabei in das Goldene Buch des Landkreises ein. Zur großen Freude des Landrats erklärte sie bei dieser Gelegenheit, dass sie auch weiterhin dem Kreistag des Landkreises Neu-Ulm angehören möchte, da sie in Neu-Ulm eine Heimat gefunden habe.

Geßner gratulierte der frischgebackenen Ministerin im Namen des Landkreises Neu-Ulm herzlich zu Ihrer Berufung und sprach ihr gleichzeitig seinen Dank für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit in den vergangenen Jahren aus. „Ich gehe davon aus, dass es für den Landkreis Neu-Ulm sicher kein Nachteil ist, wenn er künftig durch Dich in der Bayerischen Staatsregierung vertreten ist“, hob er hervor.

Dr. Beate Merk habe in Neu-Ulm als Oberbürgermeisterin Beispielhaftes bewirkt und sich mit in den von ihr initiierten und angepackten Projekten um die Geschichte der Großen Kreisstadt verdient gemacht. „Wenn Neu-Ulm heute nicht mehr im Schatten der größeren baden-württembergischen Stadt Ulm steht, dann ist dies nicht zuletzt Deinem herausragenden Engagement zu verdanken“, erklärte Geßner. So wie das neue Neu-Ulm unverkennbar die Handschrift von Dr. Beate Merk trage, werde sie sicher auch in ihrer neuen Aufgabe Meilensteine setzen und das Bild der bayerischen Justiz prägen.

DK

2. EuRegio Musikschulfest

Die Musikschulen im Gebiet der EuRegio Salzburg-Berchtesgadener Land-Traunstein richten in Zusammenarbeit mit dem Kultur- und Bildungszentrum Kloster Seeon und der EuRegio bereits zum zweiten Mal das EuRegio-Musikschulfest aus. Termin ist der 8. und 9. November 2003. Salzburger und bayerische Musikschüler und Musikschülerinnen werden in dem reizvollen Ambiente des Klosters ihr Können unter Beweis stellen und - gemäß dem Motto „Musik verbindet“ - miteinander musizieren. Das Musikschulfest beginnt am Samstag Abend um 19.00 Uhr mit einem Festkonzert. Am Sonntag können die Besucher dann die Vielfalt der musikalischen Ausbildungsmöglichkeiten erleben. Auf drei verschiedenen Bühnen des ehemaligen Klosters findet ein freies Musizieren statt. Dabei wird der Bogen von der Klassik über die Volksmusik bis hin zu Jazz und Pop reichen. Der Eintritt ist frei.

Vorschau auf GZ 22

In unserer nächsten Ausgabe Nr. 22, die am 20. November erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- ◀ EDV
- ◀ Technik und Ausstattung für die Kommunalverwaltung
- ◀ Kommunale Baupolitik
- ◀ Dorf- und Stadterneuerung, Denkmalschutz
- ◀ Garten- und Landschaftsbau
- ◀ Fachliteratur für Kommunalpolitiker
- ◀ Kommunale Rechtsfragen

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe der Bayerischen Gemeindezeitung liegt ein Prospekt des C. H. BECK Verlages, München, bei. Wir bitten um freundliche Beachtung.